Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł. mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł. vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung ꝛc.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Posen 202 157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 32 — **Bromberg**, Sonnabend, den 10. Februar 1934 — **58. Jahrg.**

Der Stand der Abrüstungsfrage

Nur Frankreich sträubt sich noch!

Wenn das Bureau der Abrüstungskonferenz wirklich, wie geplant, am 13. Februar in London zusammentreten sollte, wird es ein in den Hauptzügen klares Bild der Gesamtlage des Abrüstungsproblems vorfinden. Die Veröffentlichung der Abrüstungsdenkschriften Italiens und Englands, die Bekanntgabe der französischen Aide Mémoire vom 1. Januar und der deutschen Antwort vom 19. Januar als Ergebnis der Verhandlungen der Mächte untereinander, im weiteren Sinne auch die große Kanzlerrede vor dem Reichstage, die Abrüstungsdebatte im englischen Unterhause mit den Ausführungen Sir John Simons, und der, wenn auch nur kurze Passus über die Außenpolitik in der französischen Regierungserklärung, haben die Standpunkte der hauptbeteiligten Mächte zur Abrüstungsfrage erneut klargestellt. Lediglich die französische Antwort auf das letzte deutsche Memorandum und die 13 deutschen Fragen steht noch aus.

Die vier veröffentlichten Schriftstücke mit ihrer Fülle von Material für den an sich schon umfangreichen Fragenkomplex im einzelnen zu zergliedern, würde zu weit führen. An Hand nur der wichtigsten und wesentlichsten Gesichtspunkte sei die Frage nach dem augenblicklichen Stande der Dinge und ihrer weiteren Entwicklung untersucht.

Die englische und die italienische Denkschrift, vielfach übereinstimmende Gedankengänge aufweisend, suchen beide, von der Überzeugung ausgehend, daß die deutsch-französische Verständigung kaum zum Ziele führen wird, die Lösung auf dem Wege über einen Kompromiß zwischen Ab- und Aufrüstung, im Sinne einer Rüstungsangleichung. Sowohl die Englische wie die Italienische Regierung verneinen die Möglichkeit der „Idallösung der allgemeinen Abrüstung auf den Deutschland erlaubten Stand“, also auf den Stand des Versailler Vertrages. Besonders deutlich wird Mussolini.

Die italienische Denkschrift betont, daß „die Unmöglichkeit, in der sich die bewaffneten Unterzeichnermächte der Verträge befinden, sofort ihre materiellen Rüstungen auf ein Niveau herabzusetzen, das sich dem der deutschen Abrüstung in vernünftigem Maße nähert, den deutschen Forderungen nach Erhöhung des Rüstungsstandes eine juristisch-moralische Kraft verleiht, deren Vorhandensein nicht leicht zu leugnen ist“. London wie Rom bekennen sich damit zu der Berechtigung der deutschen Forderung nach Angleichung der Rüstung Deutschlands an die der anderen Mächte, zu praktischer Verwirklichung der Deutschland durch das Fünfmächteabkommen vom Dezember 1932 theoretisch zugesagten Gleichberechtigung, der Frankreich in seinem Aide Mémoire jetzt eine ganz andere Auslegung gibt.

Auch die Vereinigten Staaten stehen, unter dem Eindrucke der englischen und italienischen Vorschläge, und überzeugt von der Ehrlichkeit des deutschen Friedens- und Verständigungswillens, einer Erhöhung des deutschen Rüstungsstandes jetzt wesentlich freundlicher gegenüber, als früher. Einzig und allein die Französische Regierung glaubt immer noch an „fortschreitende Abrüstung“ und wirft der Deutschen Regierung vor, „die Unterhandlungen in die Richtung der Aufrüstung zu lenken“. Frankreich will den berechtigten Anspruch Deutschlands auf Angleichung seiner Rüstung und damit auf Gleichberechtigung nach wir vor nicht anerkennen.

Während die englische Denkschrift das ganze Abrüstungsmaterial von neuem durch ins einzelne gehende Vorschläge in Anlehnung an den Macdonald-Plan zu regeln versucht, ist der Vorschlag Mussolinis mehr allgemein gehalten. Die deutsche Forderung nach einem 300 000 Mann-Heer wird keineswegs abgelehnt, weder von Italien noch von England. Beiden Mächten kommt es vor allen Dingen auf die Parität an. Eine ausschlaggebende Frage spielt das Maß der Waffen, das Deutschland besitzen kann, beziehungsweise das Ausmaß, in dem die gerüsteten Mächte hinsichtlich dieser Waffen abrüsten sollen. Die italienische Denkschrift kommt zu der Auffassung, daß „den deutschen Forderungen in bezug auf defensive Rüstungen (15 Zentimeter-Geschütze, Flugabwehrgeschütze, Panzerwagen zu 6 Tonnen, Erkundungs- und Jagdflugzeuge) die grundsätzliche Zustimmung schwer versagt werden könne“. Nach der englischen Denkschrift sollen die Geschütze überhaupt auf 15,5 Zentimeter begrenzt werden, und diese sollen auch Deutschland erlaubt sein; alle Geschütze über 15,5 Zentimeter sollen innerhalb von 7 Jahren zerstört werden, ebenso alle Tanks über 16 Tonnen innerhalb 5 Jahren; Deutschland sollen Tanks zu 6 Tonnen erlaubt sein.

Bei der Luftrüstung schlägt England die Zerstörung der über die erlaubte Zahl der Flugzeuge der gerüsteten Staaten hinausgehenden innerhalb von 8 Jahren vor. Falls die Abrüstungskommissionen nicht innerhalb von zwei Jahren das völlige Verbot der Militärluftfahrt beschließen, so sollen alle Länder, also auch Deutschland, das Recht auf Luftrüstungen haben. Frankreich will zunächst einmal lediglich seinen jetzigen Rüstungsstand nicht überschreiten und erst im „zweiten Stadium die allmähliche Abschaffung des über die festgesetzten qualitativen Grenzen hinausgehenden Kriegsmaterials vornehmen“, ohne daß auf der anderen Seite Deutschland seine Verteidigungswaffen vermehren könne. **Und die Abrüstung in der zweiten Periode ist auch** lediglich ein Zukunftswechsel, dessen Einlösung nicht gesichert ist und der abhängig sein soll von dem Funktionieren der Kontrolle.

Diese Rüstungskontrolle steht im Mittelpunkte der französischen Argumentationen. Während die italienische Denkschrift eine Kontrolle überhaupt nicht erwähnt, machte Sir John Simon kein Hehl daraus, daß eine solche Kontrolle den englischen Traditionen nicht entspreche und daß England „einem System der permanenten und automatischen Überwachung nur zustimmen würde, wenn eine Verständigung über alle anderen Fragen erreicht worden ist“.

Alles in allem gesehen, trägt die englische Denkschrift in vielen Punkten allzu sehr den Stempel eines lendenlahmen Kompromisses. Mit ihr verglichen, ist die italienische Denkschrift erheblich eindeutiger und stichhaltiger; sie trägt den deutschen Forderungen in den wesentlichen Punkten Rechnung. Sowohl England wie Italien erstreben eine Abmachung auf lange Sicht, England auf zehn Jahre, Italien bis num 31. 12.

Sowohl England wie Italien wünschen Deutschlands Rückkehr nach Genf. Daß für Frankreach, wie es in der französischen Denkschrift heißt, „der Völkerbund die Stelle ist, wo die Gleichberechtigung, die Deutschland so nachdrücklich fordert, ihre praktische Anwendung findet“, nimmt nicht weiter wunder.

Frankreichs Stellungnahme läßt sich auf den kurzen Nenner bringen: Keine eigene praktische Abrüstung, keine wirkliche Rüstungsverminderung, Diskriminierung Deutschlands neoch um eine weitere Reihe von Jahren, Verweigerung der praktischen Gleichberchtigung Deutschlands. Die beiden Hauptstreitpunkte zwischen Frankreich und Deutschland spitzen sich auf die Frage der Berechnung der Personalstärken und die Frage des Zeitpunktes der Ausstattung der künftigen deutschen Armee mit Verteidigungswaffen zu.

Frankreichs Haltung in der Abrüstungsfrage war negativ und wird negativ bleiben: ausdrücklich hat sich erst dieser Tage der französische Senat mit aller Entschiedenheit gegen jede Verminderung der französischen Streitkräfte ausgesprochen und damit auch die wenigen Scheinzugeständnisse wieder illusorisch gemacht. Nach dem Londoner und dem römischen Memorandum weichen die **Standpunkte Englands und Italiens weitgehendst von dem** Frankreichs ab. Wie am 13. Februar eine Überbrückung dieser Meinungsverschiedenheiten möglich sein soll, ist schwer ersichtlich. Daher auch die Reise des Lordsiegelbewahrers nach Paris, Rom und Berlin, die den Auftakt zu weiteren Verhandlungen bilden dürfte. Vorerst aber hat Frankreich das Wort zur Beantwortung der 13 deutschen Fragen. Wann die Antwort erfolgt, kann niemand voraussagen, denn Frankreich steht im Zeichen schwerer innerer Erschüttterung. Aber wenn nicht alle Zeichen trügen, so wird die Antwort, mag sie eine Weiterführung des diplomatischen Gesprächs zwischen Berlin und Paris bringen odr nicht, an der Einstellung Frankreichs und damit an der Gesamtage, wie sie sich seit dem 14. Oktober mit dem Austritte Deutschlands aus Abrüstungskonferenz und Völkerbund herausgebildet hat, kaum etwas ändern.

Doumergue sucht Männer für sein Kabinett.

Paris, 9. Februar. (Eigene Drahtmeldung.! Die Morgenpresse rechnet bestimmt damit, daß Doumergue spätestens heute nachmittag sein Kabinett zusammen haben wird. Es wird ein Kabinett der öffentlichen Wohlfahrt, der nationalen Einigung und des Burgfriedens sein. Wenn man einigen Blättern Glauben schenken darf, scheint Doumergue mit einer fertigen Liste nach Paris gekommen zu sein, auf der nach Ansicht des **„Echo de Paris“** auch der abgerufene Pariser Polizeipräfekt Chiappe als Innenminister gestanden haben soll. Bei der Besprechung dürfte Doumergue auf gewisse Schwierigkeiten gestoßen sein. Doumergue werde, so sagt der offiziöse **„Petit Parisien“**, die Fraktionsvorsitzenden persönlich um ihre Mitarbeit bitten; falls diese sich weigern sollten, werde er ihnen vorschlagen, die Fraktionsgenossen zu benennen, die nach ihrer Ansicht für den Eintritt in die Regierung in Betracht kämen. Doumergue werde es also ebenso machen, wie es Poincaré gemacht hat zur Zufriedenheit aller Franzosen im Jahre 1926 unter der Präsidentschaft Doumergues. Man rechnet damit, daß

alle Fraktionsführer von Herriot bis Marin

zur Mitarbeit in irgendeiner Form bereit sein werden. Die Absage von Leon Blum ist zu erwarten.

Über die Besetzung der einzelnen Ministerien gehen die Ansichten auseinander. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Doumergue neben der Ministerpräsidentschaft vielleicht das Justizministerium, möglicherweise aber auch das Außenministerium übernimmt. Auch Berthou und Tardieu werden als Kandidaten für den Posten des Außenministers genannt. Die Betrauung des Marschalls Petin als Kriegsminister kann als sicher gelten, auch ist die Ernennung des Fliegergenerals Guillain zum Luftfahrtminister wahrscheinlich. Als Kriegsmarineminister wird Lacaze genannt. Als aussichtsreichster Anwärter für das Innenministerium gilt Tarrant, obwohl das „Echo de Paris“ auch die Betrauung von Chiappe für möglich hält. Kolonialminister wird wahrscheinlich Renauld. Besonders vermerkt sei jedoch die Behauptung, daß Tardieu und Herriot sich geeinigt hätten, nicht persönlich in die Regierung zu gehen, da sie so Doumergues Aufgabe erleichtern wollten.

Wohlwollende Haltung der Pariser Presse.

Paris, 9. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Presse steht den Bemühungen Doumergues außerordentlich wohlwollend gegenüber. Auch die radikalsozialistischen Blätter treten für ihn ein in der Überzeugung, daß er ein überzeugter Republikaner sei. Die sozialistische und kommunistische Presse dagegen bezieht bereits Kampfstellung gegen „das faszistische Kabinett Doumergue“, und ruft zur Einigung der Arbeiterklasse auf.

Der Aufgabenkreis der neuen Regierung kann und darf nach Ansicht vieler Blätter nur beschränkt sein: Sanierung der Finanzen, Verabschiedung des Staatshaushalts, Prüfung der außenpolitischen Lage, so daß es für den Augenblick unmöglich sei, an die Auflösung der Kammer zu denken. Die Frage einer tiefgehenden Reform dürfte erst später in Angriff genommen werden. Ein Teil der Rechtsblätter erwartet aber einschneidendere Maßnahmen. „Echo de Paris“ erklärt, die nationale Einigung von heute ist nicht die von 1914 oder 1926,

vor allem sind saubere Männer nötig, die mit neuen kühnen Methoden arbeiten

Wir brauchen Persönlichkeiten, die entschlossen sind, dem Lande nach zwei Richtungen hin die notwendige Genugtuung zu geben: 1. Bestrafung aller in den Staviski-Skandal verwickelten Personen ohne Ansehen und Partei; 2. Bestrafung aller, die für die abscheulichen Morde vom Dienstag verantwortlich sind. Wenn dies nicht geschieht, wird sich die Straße erneut rühren.

Die Rechtsblätter fordern u. a. die Wiedereinsetzung des Polizeipräfekten Chiappe als Polizeipräfekten von Paris

*

Erinnerungstafel für den Concorde-Platz.

Paris, 9. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der Stadtverordnete Emile Faure ließ dem Vorsitzenden des Pariser Stadtparlaments eine Entschließung der Stadtverordneten zugehen, auf dem Concorde-Platz eine Gedenktafel anzubringen, daß hier seit 1871 zum ersten Mal eine Regierung es gewagt hat, auf die Pariser Bevölkerung schießen zu lassen.

*

Der französische Thronanwärter bringt sich in Erinnerung

Paris, 8. Februar. Der im Exil lebende Anwärter auf den Thron von Frankreich, Herzog Johann von Guise, richtet durch die „Action Française“ einen Aufruf an die Franzosen, in dem es heißt:

„Jetzt seht ihr, wohin euch 60 Jahre republikanischer Herrschaft und Parteiwirtschaft geführt haben. Franzosen aller Parteien und aller Lebensstellungen! Die Stunde ist gekommen, dem monarchistischen Grundsatz beizutreten, auf dem die Größe Frankreichs beruht und jahrhundertelang gedauert hat. Nun dieser Grundsatz kann den Frieden, die Ordnung, die Gerechtigkeit und die Kontinuität der Absichten und Handlungen sichern.

Gegeben im Exil, den 7. Februar 1934.“

Riesen-Goldsendungen aus Europa in Newyork.

London, 9. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Newyork wird gemeldet: Der Dampfer „Bremen“ hat gestern 10 Millionen Dollar mitgebracht. Die „Berengaria“ wird heute mit 24 Millionen Dollar Gold erwartet.

Dies sind die ersten Goldsendungen aus Europa, seitdem der Präsident den Dollar entwertet hat. Die Dampfer „Deutschland“ und „Paris“ werden in der nächsten Woche 40 Millionen bzw. acht Millionen Dollar mitbringen. Der Dampfer „Washington“ brachte gestern 5 400 000 Dollar in Goldbarren, die die Bank von Frankreich an die Bundesreservebank von Newyork überweist.

*

Aus Washington wird gemeldet, daß bei den Beratungen der Finanzkommission auf Grund der vorgelegten Statistiken festgestellt wurde, daß in den Vereinigten Staaten der vierte Teil der Bevölkerung Unterstützungen aus Wohlfahrts-Institutionen erhält. Für öffentliche Arbeiten gibt die Regierung der Vereinigten Staaten 70 Millionen Dollar wöchntlich aus. Die Kommission beschloß, einen Zusatzkredit in Höhe von 400 Millionen Dollar zur Durchführung von öffentlichen Arbeiten und 500 Millionen Dollar zur Unterstützung für die Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen.

Der Zehnjahres-Pakt.

Im polnischen Blätterwalde herrschte unmittelbar nach dem Exposé des Außenministers zunächst ein verlegenes Schweigen, das dadurch verursacht sein mochte, daß die positiven Erklärungen des Ministers keine Anhaltspunkte zu Erörterungen und Kommentaren boten. Die Interpreten mußten feststellen, daß Minister Beck alles zu sagen vermied, was man so gern erfahren wollte.

Der erste, der seinem Unwillen über den lakonischen Charakter des Exposé Ausdruck gab, war — wenn wir nicht irren — der unter der Last außenpolitischer Sorgen keuchende Leitartikler des **„Kurj. Warszawski"**, B. Koskowski. Er geht in seiner Gereiztheit so weit, den Außenminister in einer Weise abzukanzeln, die der Behandlung eines Schülers, der eine ungenügende Arbeit abgeliefert hat, durch einen strengen Lehrer — ähnlich sieht. „Ungeachtet der in jeder Hinsicht ungewöhnlichen Weltsituation und auch der ungewöhnlichen Aktivität, welche die polnische Diplomatie im vergangenen Jahre gezeigt hatte, fand der Herr Minister kaum einige Minuten zu einer Charakteristik, welche uns schon vorher in wenigstens formell weit besseren Kommentaren der halbamtlichen Presse geboten worden war. Wir haben bloß erfahren, daß der Minister die Absicht habe, einen Besuch in Moskau abzustatten."

Indessen stelle sich die Welt die Frage, — fährt der zornige Kritiker fort —, wohin der Weg Polens führe, wie dessen Außenpolitik zu verstehen sei. In den verschiedenen Ländern bestünden oft einander widersprechende Ansichten über die polnischen außenpolitischen Ziele. Nach Koskowski hätten die Erklärungen des Ministers in der Welt nicht die Meinung befestigt, daß „die polnische Außenpolitik keine konjunkturale von Monat zu Monat wankende sei", und daß sie „einen ausgezeichneten Realismus mit einer ebenso ausgezeichneten Loyalität vereinige". Wenn man sich über sehr aktuelle Fragen ausschweige oder sie „mit banalen Phrasen" erledige, „so würde der eine sagen, der Minister wisse nicht, was er wolle und der andere, **daß der Minister sich absolut durch nichts für die Zukunft binden lassen wolle"**. Besonders ärgert sich Koskowski darüber, daß im Exposé weder von der Kleinen Entente noch von der österreichischen Frage die Rede war, daß die Krise des Völkerbundes begatellisiert wurde, und daß das Exposé **keinen speziell für Frankreich berechneten Kommentar zum polnisch-deutschen Abkommen** enthielt. Kurz: die „summarische" Rede des Ministers lasse „lauter Fragezeichen" zu. Diese Methode wirke wie eine Geringschätzung der Weltmeinung, „Sogar Mussolini, Hitler, Stalin oder Molotow" geben der einheimischen und ausländischen öffentlichen Meinung ihre Absichten kund, und diese Meinung bekommt auf solche Weise „Hauptorientierungslinien" wenigstens für die nächste Zeitspanne. Das Schweigen des Ministers über die Fragen der „nationalen Politik" sei daher ganz unentschuldbar.

Während Koskowski eigentlich nur einen formellen Vorwurf gegen das Ministerexposé erhebt, daß es nämlich das Wesentlichste verschwiegen habe, stürzt sich der publizistische Führer der polnischen Jungnationalisten, Strzetelski, im „ABC"-Blatte mitten hinein in eine heftige Polemik mit der polnischen Außenpolitik, mit der er — ungeachtet der Verschwiegenheit der Außenminister — doch vertraut zu sein glaubt. Er bezeichnet den „Nichtangriffspakt" mit Deutschland als eine „problematische Errungenschaft". Die größte Sünde der polnischen Außenpolitik sei — seiner Ansicht nach — eine Unterlassungssünde. **Polen habe es nämlich unterlassen, einen „Archimedes-Punkt" zu schaffen, die Rolle eines Zentralpunktes in einem Blocke zu übernehmen, der aus Frankreich, Polen, Belgien, der Kleinen Entente bestünde, und sich auf gute Beziehungen zu Rußland** stützte. Nicht mehr und nicht weniger! Polen hätte „das schwache und unentschiedene" Frankreich ersetzen und **sich zum „tatsächlichen Führer Europas" aufwerfen sollen.** Das habe die polnische Politik nicht bewerkstelligt. Anstatt dessen habe sie den Weg von „Einzelentscheidungen" betreten. Den Nichtangriffspakt mit Rußland läßt Strzetelski voll gelten, doch am „polnisch-deutschen Pakte" hat er auszusetzen, daß sich Polen durch ihm isoliere. Polen hätte Deutschland gegenüber im Verein mit einer blockierten Staatengruppe auftreten sollen.

*

Verstimmung in Prag wegen des polnisch-deutschen Abkommens.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Der Prager Korrespondent des **„Kurjer Warszawski"** berichtet über die Beurteilung, welche das Zehnjahresabkommene zwischen Deutschland und Polen in der gesamten tschechischen Presse gefunden hat. Interessanter als die Presseschau und die Aufzählung aller offiziellen und halboffiziellen unaufrichtigen und halben Anerkennungen, interessanter auch als verschiedene unfreundliche Äußerungen unabhängiger Parteiblätter, sind folgende Bemerkungen des Korrespondenten über die Haltung der nicht gedruckten, sondern „gesprochenen" öffentlichen Meinung. Diese gesprochene öffentliche Meinung ist **„völlig und ausnahmslos durch das Abkommen Polens mit Deutschland unangenehm betroffen.** Daß Polen ein solches Abkommen abschließen konnte, hat eine sehr starke, kollektive Gefühlsreaktion hervorgerufen, die übrigens niemand logisch begründet. Das Abkommen Polens wurde **als Bresche in der gemeinsamen Front Frankreichs und der Kleinen Entente, des Völkerbundes — und der Proteste gegen den Anschluß, kurz der seit Jahren feststehenden Konstruktion des politischen Denkens empfunden ,deren Führer, Bekenner und Apostel hier der Außenminister (Benesch ist."**

Heinz Weber in zweiter Instanz freigesprochen.

Wegen eines Leitartikels „Polen in Hitlers Rede" war seinerzeit der verantwortliche Schriftleiter der „Kattowitzer Zeitung" Heinz Weber, von der Großen Strafkammer des Kattowitzer Bezirksgerichts auf Grund des Art. 154 (Aufforderung zur Begehung von strafbaren Handlungen) zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden. Beanstandet wurde in dem Artikel ein Satz, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, aus Hitlers Rede scheine hervorzugehen, daß Polen dem Ideal des Nationalstaates nicht entspräche.

Gegen dieses Urteil legte Weber Berufung ein; die Angelegenheit kam jetzt vor dem Kattowitzer Appellationsgericht zur Verhandlung. Der Angeklagte führte dabei aus, daß man einen Satz nicht aus dem Zusammenhang reißen dürfe. Die Tendenz des ganzen Artikels sei gerade das Gegenteil von dem, was die Anklage vorwerfe. Das Deutschtum in Polen habe die große Rede des Kanzlers im Mai vorigen Jahres ganz besonders begrüßt, weil dadurch eine neue Ära in den deutsch-polnischen Beziehungen vorbereitet zu sein scheine, was sich jetzt durch den Paktabschluß auch erwiesen hätte. In dem Artikel sei die Befriedigung über die Anbahnung einer Entspannung deutlich zum Ausdruck gebracht. Im übrigen sei nicht zu bestreiten, daß Polen kein Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat sei. Solche Feststellung bedeute aber noch lange keine Kritik an den Grenzen Polens.

Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Zbislawski, legte in ausgezeichneter Weise dar, daß der § 154 nicht zur Anwendung gelangen könne. Er zergliederte den zur Verhandlung stehenden Artikel und bewies an einzelnen Sätzen, daß seine Tendenz durchaus für eine Verständigung zwischen den beiden Nachbarstaaten sei. Der Staatsanwalt rückte in seiner Replik gleichfalls von dem Artikel 154 ab, forderte aber Bestrafung auf Grund der Artikel 96 und 97 (Vorbereitung zum Hochverrat). Nachdem der Verteidiger auch die Anwendung dieser Artikel als Unmöglichkeit bewies, beriet das Gericht einige Minuten und kam zu dem Beschluß, den Angeklagten von Schuld und Strafe freizusprechen.

Der zweite Fünfjahresplan.

Molotow: Wir wollen Europa überflügeln.

Auf dem Parteitag der sowjetrussischen Kommunistischen Partei erstattete der Vorsitzende des Rates der Bundesvolkskommissare, Molotow, einen ausführlichen Bericht über den zweiten Fünfjahresplan, als dessen grundlegende politische Aufgabe Molotow die endgültige Liquidierung der kapitalistischen Elemente und der Klassen überhaupt, sowie die völlige Vernichtung der Ursachen, welche die Klassenunterschiede und Ausbeutung erzeugen, und die Überwindung der Überbleibsel des Kapitalismus in der Volkswirtschaft bezeichnete.

Gegenwärtig, da die Kollektivwirtschaften der Sowjetgüter 84,7 Proz. der gesamten Getreideaussaatfläche umfassen, könne man sagen, daß die Kollektivierung voll aufgesiegt habe und daß die Überreste des Kulakentums einem baldigen endgültigen Untergang geweiht seien. Am Ende des zweiten Fünfjahresplanes, sagte Molotow, werden die sozialistischen Formen in sämtlichen Wirtschaftszweigen eine Monopolstellung einnehmen.

Die wichtigste Wirtschaftsaufgabe des zweiten Fünfjahresplanes, stellte Molotow fest, ist die

Vollendung der technischen Umgestaltung der Volkswirtschaft

und auf dieser Grundlage eine mächtige Entfaltung der Produktivkräfte dieses Landes. Nicht nur in bezug auf das Niveau der Technik, sondern auch in den Ausmaßen der industriellen Produktion, sowie der Produktion einiger anderer sehr wichtigen Volkswirtschaftszweige werde die Sowjetunion alle anderen europäischen Länder übertreffen und in verschiedenen Wirtschaftszweigen nur den Vereinigten Staaten von Nordamerika nachstehen. All dies bewirke eine wesentliche Änderung in den Beziehungen der Sowjetunion zur kapitalistischen Welt und bringe den Kampf der zwei Gesellschaftssysteme, des sozialistischen und des kapitalistischen Systems, auf eine neue höhere Stufe. Die Politik der Industrialisierung finde im zweiten Fünfjahresplane ihren Ausdruck in einer weiteren Steigerung des Anteiles der Industrieproduktion an der Gesamtproduktion der Volkswirtschaft bis auf nahezu 80 Prozent.

Somit wird die Sowjetunion auf dem Niveau der höchstentwickelten Industrieländer der Welt, Deutschlands und der Vereinigten Staaten von Nordamerika, stehen. Die Industrieproduktion müsse um das 2,4-fache gegenüber dem ersten Fünfjahresplan, bezw. um das 9fache geenüber dem Vorkriegsstand steigen. Besonders sei eine Beschleunigung der Produktion von Massenverbrauchsartikeln zu erzielen.

Die Bruttoproduktion der Landwirtschaft wird im Jahre 1937 nach dem zweiten Fünfjahresplan 1105,6 Millionen Doppelzentner gegenüber 698,7 Millionen Doppelzentner im Jahre 1932 betragen. Eine starke Vrgrößerung der Aussaatfläche ist nicht vorgesehen. Dagegen wird eine beträchtliche Zunahme der Viehbestände in der Viehzucht angestrebt. In der chemischen Industrie muß sich Ende des zweiten Fünfjahresplanes die Düngstoff-Produktion etwa verzehnfachen.

Auf das Verkehrswesen übergehend stellte Molotow fest, daß der Güterverkehr im Jahre 1937 gegenüber 1932 folgendermaßen wachsen wird: In bezug auf die Eisenbahnen um 178 Prozent, in bezug auf die Flußschiffahrt um 245 Prozent und in bezug auf die Seeschiffahrt um 280 Prozent.

Durch die Meisterung der neuen Technik soll eine Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Industrie um 63 und eine Herabsetzung der Gestehungskosten der Produktion um 26 Prozent erzielt werden. Ferner ist im zweiten Fünfjahresplan die Heranbildung von 2,7 Millionen qualifizierter Arbeiter in den Fabrikschulen und von 1½ Millionen qualifizierter landwirtschaftlicher Arbeiter vorgesehen. Während der gesamten fünf Jahre werden etwa 5 Millionen neu ausgebildete Arbeiter der Produktion zugeführt werden. An der Schwelle des ersten Fünfjahresphanes stand die Sowjetunion in bezug auf die Ausmaße der Produktion an fünfter Stelle unter den Staaten der ganzen Welt. An der Schwelle des zweiten Fünfjahresplanes wird die Sowjetunion bereits an die dritte Stelle in der Welt und an die zweite Stelle in Europa gerückt sein.

Am Ende des zweiten Fünfjahresplanes, prophezeite Molotow, wird die Sowjetunion an zweiter Stelle in der Weltproduktion und an erster Stelle in Europa stehen.

Becks Reise nach Moskau amtlich bestätigt.

Die von Moskau angekündigte Reise des Außenministers Beck nach Moskau wird nunmehr auch von der Polnischen Telegraphen-Agentur bestätigt. Der Tag der Abreise ist auf den 13. Februar festgelegt.

Hierzu wird erklärt, daß die Reise des Außenministers Beck als Erwiderung des seinerzeitigen Besuchs des gewesenen Außenkommissars Tschitscherin in Warschau angesehen wird. Außenkommissar Litwinow hatte bei der letzten Besprechung mit dem polnischen Gesandten in Moskau erklärt, er würde sich freuen, Außenminister Beck als Gast der Sowjetregierung in Moskau begrüßen zu können. Minister Beck hat daraufhin die Einladung angenommen. Herr Beck wird an der Grenze von einer Abordnung des Außenkommissariats empfangen werden.

Drei Verordnungen des Landbischofs Müller.

Der Reichsbischof hat in seiner Eigenschaft als altpreußischer Landesbischof auf Grund seiner Verordnung zur Sicherung einheitlicher Führung der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union drei wichtige und vermutlich folgenschwere Verordnungen erlassen.

Durch die Verordnung vom 5. Februar wird das Amt des Präsidenten sowie des weltlichen und geistlichen Vizepräsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates aufgehoben. Entgegenstehende Bestimmungen der Verfassung und der Kirchengesetze werden außer Kraft gesetzt.

Die beiden anderen Verordnungen, die am 3. Februar in Kraft getreten sind, regeln die Versetzung von Geistlichen im Interesse des Dienstes sowie die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand und die Beurlaubung kirchlicher Amtsträger. Danach können Geistliche bis auf weiteres im Interesse des Dienstes durch den Landesbischof aus dem von ihnen bekleideten Pfarramt in ein anderes Pfarramt versetzt werden. Gegen die Versetzung findet ein Einspruch nicht statt. Sie erfolgt unter Gewährung der gesetzlichen Umzugskosten.

Kirchliche Amtsträger können bis auf weiteres durch den Landesbischof in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden, wenn die Voraussetzungen für eine Versetzung vorliegen, eine ersprießliche Wirksamkeit des kirchlichen Amtsträgers an anderer Stelle fürs erste jedoch nicht erwartet werden kann.

Kirchliche Amtsträger können im Interesse des Dienstes durch den Landesbischof jederzeit beurlaubt werden. Auch gegen diese Maßnahmen findet ein Einspruch nicht statt.

Ein Geistlicher kann während der Dauer des einstweiligen Ruhestandes vom Provinzialbischof mit der Verrichtung pfarramtlicher Dienstleistungen beauftragt werden. Der Landesbischof kann die Wiederverwendung eines in den einstweiligen Ruhestand versetzten Geistlichen im Gemeindepfarramt zulassen. Der Geistliche ist verpflichtet, einer derartigen Verwendung Folge zu leisten.

Während der Dauer des einstweiligen Ruhestandes erhält der kirchliche Amtsträger eine Wartegeld in Höhe von 80 v. H. des der Berechnung seines Ruhegehaltes zugrunde zu legenden Diensteinkommens. **Hat der kirchliche Amtsträger zur Zeit seiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand eine ruhegehaltliche Dienstzeit von 25 Jahren noch nicht zurückgelegt, so wird das Wartegeld für jedes** volle oder angefangene Jahr, **das dem kirchlichen Amtsträger an der Dienstzeit von 25 Jahren fehlt, um je 2 v. H.** des ruhegehaltsfähigen Diensteinkommens geringer bemessen; **das Wartegeld beträgt jedoch wenigstens** 50 v. H. des Diensteinkommens.

Entgegenstehende Bestimmungen der Verfassung und der Kirchengesetze werden durch die Verordnung außer Kraft gesetzt.

*

Schule der Obersten SA-Führung.

Die Oberste SA-Führung teilt mit, daß sie am 1. April am Starnberger See (Feldafink, dreißig Kilometer südlich von München) eine neunklassige Erziehungsanstalt eröffnet. Sie wird zunächst die Klassen Sexta mit Untersekunda (1. mit 6. Klasse) umfassen und in drei Jahren zu einer Vollanstalt mit Reifezeugnis aufwachsen. Die Hauptaufgabe dieser „Nationalsozialistischen deutschen Oberschule am Starnberger See" ist die Heranbildung eines nationalsozialistischen Führernachwuchses, dem eine dem Wesen des neuen Staates entsprechende charakterliche, körperliche und geistige Ausbildung vermittelt wird. Mit der Führung dieser Schule wurde Standartenführer Görlitz beauftragt.

*

Politischer Empfang beim Reichskanzler.

Berlin, 8. Februar. (PAT) Gestern abend gab der Reichskanzler für die Vertreter des diplomatischen Korps in Berlin einen Empfang, an dem auch der polnische Gesandte in Berlin, Minister Lipski, teilgenommen hat.

*

Douaumont-Stürmer Radtke wird Reichsbahnrat.

Die deutsche Reichsbahn hat den Erstürmer des Forts Douaumont, Leutnant der Reserve Radtke, außerplanmäßig zum Reichsbahnrat befördert. Radtke stand bisher als technischer Reichsbahnsekretär im Dienste der Reichsbahndirektion Berlin.

Aufsichtsratssitzung der polnisch-französischen Eisenbahngesellschaft.

O. E. **Warschau**, 9. Februar. Am 12. d. M. findet in Warschau eine Sitzung des Aufsichtrats und des Direktoriums der polnisch-französischen Eisenbahngesellschaft, die die Kohlenmagistrale Oberschlesien—Gdingen erbaut hat, statt. Auf der Tagesordnung steht die Frage des weieren Ausbaues der Linie sowie deren Betrieb. Von polnischen Seite nehmen an der Sitzung die Vertreter des Handelsministeriums und des Verkehrsministeriums teil, die den Antrag stellen werden, daß die Gesellschaft die bei der Konzessionserteilung eingegangenen Verpflichtungen einhält. Insbesondere wird gefordert werden, daß die französische Geruppe die zweite Tranche der Eisenbahnanleihe in Höhe von 300 Millionen französischen Franks emittiert.

Die französische Gruppe, deren Hauptvertreter Schneider-Creuzot ist, hat diese Forderung bisher mit der Begründung abgelehnt, daß Frankreichs Geldmarkt zurzeit nicht in der Lage sei, die Anleihe aufzunehmen. Da diese Anleihe nicht nur für den weiteren zweigleisigen Ausbau der Strecke, sondenrn insbesondere auch für den Ankauf von Eisenbahnwagen und Lokomotiven bestimmt ist, die in Polen hergestellt werden, so ist das Interesse, das polnischerseits dieser Sitzung entgegengebracht wird, begreiflich. Wenn man an die Ausführungen des Verkehrsministers bei der Aussprache über gen diesjährigen Etat im Sejm denkt, in denen er ziemlich unverhüllt von Zwangsmaßnahmen gegen die Gesellschaft gesprochen hat, so darf man sogar auf Überraschungen gefaßt sein.

Niemand weiß so viel Schlechtes von uns, wie wir selbst, und doch denkt niemand so gut von uns, wie wir selbst.

Franz v. Schönthan.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 9. Februar.

Wechselnd, meist stark bewölkt.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde, meist starke Bewölkung, mit einzelnen leichten Niederschlägen und vorübergehend wieder stark auffrischenden westlichen Winden an.

Wahre Liebe zum Volk.

Zur Garnison von Kapernaum gehört ein römischer Hauptmann. Sein Name ist uns nicht genannt, aber er ist uns bekannt durch die Geschichte der Heilung eines seiner Soldaten, für den er sich an den Herrn gewandt hat. Recht so! Solche Leute braucht unsere Zeit auch! Das ist wahre Volksverbundenheit, wo der Herr des Knechts Not trägt! Und was war das für ein Glaubensmensch! Aus seiner eigenen militärischen Praxis weiß er, was ein einziger Befehl kann: „Tue das! so tut er's! Wie sollte Jesu Wort nicht erst recht vermögen, was es sagt? Sprich ein Wort, so wird mein Knecht gesund." Wiederum sage ich: Recht so! Solche Leute brauchen wir, gegründet und ganz fest stehend in all den Wirren der Zeit auf dem Wort allein, in dem Glauben ‚der aus dem Wort gezeuget und von dem Wort sich wehrt." Aber noch etwas an ihm ist wert, beachtet zu werden: Die Juden von Kapernaum stellen ihm das Zeugnis aus: Er ist's wert, daß du ihm das erzeigest, denn er hat unser Volk lieb und die Schule hat er uns gebaut!" Wir wollen nicht davon sprechen, daß es wirklich etwas Großes war, wenn ein römischer Centurio so weitherzig und warmherzig ist, daß er den auch in seiner Zeit von den Römern verachteten Juden die Synagoge baut! Aber davon, daß sich die Liebe zu dem Volk bei ihm im Bau der Synagoge zeigt. Das ist wahre Liebe zu einem Volk: nicht daß man an seinem Heiligsten achtlos vorübergeht, nicht daß man seine völkischen Belange pflegt ohne Rücksicht auf sein geistliches Leben, sondern daß man ihm seine Kirche zu bauen, daß man sein religiöses Leben zu fördern willig und bereit ist. Es ist in unseren Tagen viel von Pflege des Volkstums die Rede. Recht so! dann wollen wir alle, die wir unser Volk lieb haben, ihm seine Kirche bauen und erhalten helfen. Denn dann erhalten wir ihm seine Seele. (Luk. 7, 1—10.) D. **Blau**-Posen.

Heiterer Deutscher Abend.

Von Tanz und Humor.

Selten hat es an einem Deutschen Abend einen so schönen harmonischen Zusammenklang zwischen Gebenden und Nehmenden gegeben. Es gehört eben dazu der Dreiklang von Tanz, sprühendem Humor und einem freudig angeregten Publikum. Sie alle haben an dem Erfolg des letzten heiteren Abends irgendeinen Anteil, wenn auch die Tanzschule Jahn aus Zoppot und der famos aufgelegte Willi Damaschke die Stimmung erzeugten und das Wohlgefallen erregen mußten, so haben sie dennoch aus der Wechselwirkung mit einem dankbaren und überfüllten Saal die Freudigkeit des Gebens hernehmen können.

Fremd ist uns die Tanz- und Gymnastikschule Edith Jahn keineswegs. Was wir von ihr wissen, kommt vom Hörensagen. Sie hat ihren guten Ruf, der ihr vorausgegangen ist, bestätigt. Der Tanz des letzten Jahrzehnts hat große Wandlungen durchgemacht. Er ist nicht mehr das, was er um die Jahrhundertwende war, nichts weiter als eine rhythmische Bewegung irgendeiner Körpertechnik, die wie ein aufgezogener Kreisel leblos wirkt. Bekannte Schulen der Gegenwart haben auf die Uranfänge der menschlichen Ausdrucksfähigkeit zurückgegriffen und haben erkannt, daß der Tanz, wie noch heute vielfach bei Naturvölkern ein Ausdruck, eine Art Ersatzmittel für die Sprache ist. Durch die neuzeitliche Gymnastik hat ein so gearteter Tanz eine wertvolle Ergänzung und eigentliche Grundlage erfahren, um das mimische und pantomimische Moment als wesentlichen Bestandteil mit aufzunehmen. Nur so kann eine Musik, die in der Musikgeschichte als Programm-Musik besteht (d. h. Schilderung irgendwelcher Erscheinungen oder Handlungen, z. B. Marktweiber von Mussorgski usw.) eine lebendige Darstellung finden.

Diese Art des Tanzes war für Bromberg seit Jahren wieder eine Neuheit. Die mimische und seelische Umstellung, die eine alte Gavotte oder spanische Sarabande, ein Marsch, ein Walzer oder die moderne Tanzpantomime erfordern, findet bei den Jahnschülerinnen eine sofortige Auffassung. Was Wunder, daß der graziös und voller Leben getanzte Walzer von Durand, oder der norwegische Tanz von Grieg oder die Tanzpantomime von Hindemith und Mussorgski auf stürmischen Beifall hin wiederholt werden mußten. Die Tanzschule Jahn hat sich, wir dürfen das offen eingestehen, in die Herzen der Bromberger „hineingetanzt".

Verholfen hat zu diesem Erfolg Willi Damaschke, der mit seinen heiteren Vorträgen die Herzen öffnete, die Gemüter für alles Schöne empfänglich machte. Die Faschingsthematas mit starken Akzenten für Kuß und Liebelei herrschten vor, aber das war es, was in das Kunterbunt der Faschingszeit nicht schlecht hineinpaßte.

Ein ausgezeichneter Abend. Alle — Veranstalter, Darbietende und Publikum — konnten zufrieden sein. A. S.

Auch ein Amtsvorsteher.

Ein Unterschlagungsprozeß fand vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts statt. Zu verantworten hatte sich der 45jährige, hier wohnhafte Jan Górski. Die Anklageschrift legt dem G. zur Last, daß er als kommissarischer Amtsvorsteher (Wojt) in Wierzchucin, Kreis Bromberg, in der Zeit von 1930—32 öffentliche Gelder in Höhe von 15 686 Złoty unterschlagen und für seine eigenen Zwecke verbraucht hatte. Anfang 1932 ordnete das hiesige Landratsamt, veranlaßt durch verschiedene Gerüchte über angebliche Ungenauigkeiten des Amtsvorstehers in Wierzchucin, eine Revision der Bücher an. Irgend welche Verfehlungen wurden bei dieser Revision jedoch nicht festgestellt. Die Bücher wiesen lediglich rückständige Beträge an Steuern und anderen sozialen Abgaben auf, die der Angeklagte aber mit der schleppenden Zahlungsweise der Landwirte erklärte. Erst im Juli desselben Jahres sollten die Unterschlagungen des unehrlichen Amtsvorstehers durch einen Zufall aufgedeckt werden. Ein Landwirt erhielt nämlich von der Kreiskommunalsparkasse eine Aufforderung zur Zahlung einer längst fälligen Schuld im Betrage von 800 Złoty. Der Landwirt erschien nun selbst in der Kasse, wies eine Bescheinigung mit der Unterschrift des Angeklagten vor, aus der hervorging, daß dieser das Geld bereits längst eingezogen hatte. Der Vorfall wurde sofort dem Landratsamt gemeldet, das eine zweite Revision, die der Vizestarost persönlich leitete, bei dem Amtsvorsteher anordnete, die das überraschende Ergebnis obiger Verfehlungen zeitigte. Górski wurde unverzüglich entlassen und ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet. Der Angeklagte, der von Rechtsanwalt Wirski verteidigt wird, bekennt sich vor Gericht in vollem Umfang zur Schuld. Interessant ist es, was er zu seiner Verteidigung anführt. Er habe, wie er erklärt, die Gelder nicht für seine eigenen Zwecke verbraucht, sondern diese für die Sejm- und Senatswahlen ausgegeben. Er habe seinerzeit im Auftrage des früheren Starosten Dr. Bereta die Organisierung der verschiedenen Parteien und Verbände in seinem Bezirk vorgenommen. Die zahlreichen Fahrten über Land und die abgehaltenen Versammlungen waren mit großen Unkosten verbunden. Da ihm Privatmittel hierzu nicht zur Verfügung standen, habe er die öffentlichen Gelder angegriffen.

Mit Rücksicht auf die politischen Hintergründe dieses Prozesses stellte der Verteidiger des Angeklagten an dieser Stelle den Antrag um Ausschluß der Öffentlichkeit.

Der Antrag wurde jedoch vom Gericht nach kurzer Beratung abgelehnt. Auf eine Frage des Gerichts, ob der Angeklagte auch den Auftrag von dem früheren Starosten erhalten habe, zwecks Organisierung der Vorwahlen öffentliche Gelder anzugreifen, verneint G. dieses. Von den Zeugenaussagen sind besonders zu erwähnen die des Gerichtsvollziehers Bernard Grochowski, der unter dem Angeklagten arbeitete. Dieser Zeuge sagt aus, daß Górski von ihm 600 Złoty geliehen habe, obwohl er ihn darauf aufmerksam machte, daß dies öffentliche Gelder seien. Der Angeklagte habe ihn versichert, daß es sich nur um ein kurzfristiges Darlehn handele.

Nach Schluß der Verhandlung erteilte das Gericht dem Staatsanwalt das Wort, der in seiner Anklagerede das Verhalten des Angeklagten in scharfen Worten geißelte und zum Schluß für den unehrlichen Amtsvorsteher eine Gefängnisstrafe von 5 Jahren beantragte. Der Verteidiger plädierte für eine mildere Bestrafung seines Mandanten. G. wurde vom Gericht zu 3 Jahren Gefängnis und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von 5 Jahren verurteilt.

§ **Wichtig für alle Pferdebesitzer!** Der Magistrat der Stadt Bromberg macht alle Pferdebesitzer darauf aufmerksam, daß alle im Jahre 1930 geborenen Pferde und alle älteren Pferde, die keine Ausweispapiere besitzen, im Magistrat (Heeresabteilung), in der Burgstraße (Grodzka) 25, Zimmer Nr. 3, in der Zeit vom 15. bis 24. Februar d. J. in den **Amtsstunden von 9 bis 13 Uhr anzumelden sind.**

§ **Einen Schwächeanfall** erlitt während der Vorstellung in einem Bromberger Kino ein Mikolaj Zacharow. Da er durch den Sturz das im Kino anwesende Publikum beunruhigte, mußte die Vorführung unterbrochen werden. Der sofort herbeigerufene Rettungswagen brachte ihn in das Städtische Krankenhaus.

§ **Zu einem eigenartigen Vorgang** der Selbstjustiz kam es am Mittwoch in den späten Abendstunden. In der Danzigerstraße hatte der Chauffeur einer Autotaxe einen jungen Mann, der den Betrag für eine Autofahrt nicht entrichten konnte oder wollte, dadurch auf seine besondere Art gerichtet, indem er ihn mit Fäusten und einem Gummiknüppel bearbeitete. Bei dem Handgemenge kamen noch andere Chauffeure hinzu, die ihrem Berufskollegen bei dieser sonderbaren Art der Gebühreneintreibung mit Händen und Füßen behilflich waren, so daß der Angefallene nach kurzer Zeit blutüberströmt war. Die Schlägerei hatte eine ungeheure Menschenmenge herbeigerufen, die schließlich für den Geschlagenen Stellung nahm, Einige beherzte Männer gingen schließlich zum Angriff gegen die Chauffeure über und zwangen sie, von ihrem Opfer abzulassen. Die Schlägerei dürfte noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

§ **Einen Einbruch** in den Stall des Landwirts Josef Borck, in der Belzkastraße 109, verübten unbekannte Einbrecher. Es gelang ihnen, Schlösser und Tür zu erbrechen und 55 Hühner zu erbeuten. Die Polizei machte die Feststellung, daß es sich in diesem Falle um eine organisierte Einbrecherbande handelt, die an dem Tatort mit einem besonderen Wagen vorzufahren pflegt und durch ihre Einbrüche die Vorstädte Brombergs beunruhigt.

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Ruder-Club Frithjof. Die Clubdamen, sowie die Mitglieder werden gebeten, die Spenden für die Tombola bis Sonnabend, dem 10. Februar, mittags, im Clubhaus oder bei Herrn Boysen (Bank für Handel und Gewerbe) abzugeben. (1638

Orkan über Westpolen.

Gestern abend und heute nacht wurde Westpolen von einem Orkan von ungewöhnlicher Stärke heimgesucht. In manchen Gegenden war der Sturm so stark, daß Menschen auf der Straße umgeworfen, alte Bäume entwurzelt und Telegraphenstangen umgelegt wurden. Viele Telephonleitungen wurden zerstört. In Posen war der Sturm von Blitz und Regen begleitet. In der Vorstadt Dembiec waren die Telephonleitungen unterbrochen, der Stadtteil war ohne Licht.

□ **Crone,** 8. Februar. Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden folgende Preise gezahlt. Butter 1—1,20, Eier 1—1,20 die Mandel. Mastschweine brachten 35—40 Złoty der Zentner, Läuferschweine im Gewicht von ca. einem Zentner 30 Złoty, Baconschweine 33—34 Zł., Absatzferkel 14—23 Zł. das Paar.

j **Dobrzyca,** 8. Februar. Der Februar-Jahrmarkt litt sehr unter der ungünstigen Witterung. Ganz besonders machte sich dies auf dem Vieh, und Krammarkt bemerkbar. Während sich der Pferdemarkt einer kleinen Belebung erfreute, lag das Geschäft trotz lebhafter Nachfrage infolge des mangelhaften Auftriebs still. Rindvieh wurde mit 200 bis 300 Złoty gehandelt, Pferde wechselten bei 100—200 Złoty und darüber ihren Besitzer. Die wenigen Händler, die am Morgen auf dem Krammarkt erschienen, packten erst gegen Mittag ihre Waren aus und machten dann ein bescheidenes Geschäft.

Gnesen (Gniezno) 8. Februar. Die Arbeiterin Bronisława Kebacka ließ sich in ihrer Wohnung von einer Zigeunerin wahrsagen. Diese Gelegenheit benutzte eine zweite Zigeunerin, um in den Schubladen und Taschen der Arbeiterin gründlich Umschau zu halten. Nach dem Fortgang der Zigeunerinnen vermißte die Wohnungsinhaberin außer 30,10 Złoty Bargeld noch verschiedene andere Sachen, die die Gaunerinnen haben mitgehen heißen.

q. **Gniezno** (Gnesen), 7. Februar. Gestohlen wurde Jasieckie aus Powidz, Kr. Gnesen, ein Pelz. Jasiecki hatte in der früheren Wilhelmstraße sein Gespann stehen und hatte dabei mit dem Pelz das Pferd bedeckt. Die Gelegenheit benutzte ein dreister Spitzbube, stahl den Pelz, womit er dann ungesehen entkam.

Ein Unglücksfall ereignete sich in Krotoszyn bei dem Landwirt Gościniak. Hier stürzte der Arbeiter Linowski aus Mokre vom Dache und erlitt erhebliche Verletzungen. Linowski war vor 10 Jahren schon einmal vom Dache gestürzt und hatte damals das Gehör und die Sprache verloren.

j **Jarotschin,** 8. Februar. Am heutigen Donnerstag traten die Stadtverordneten zum ersten Male zu gemeinsamer Arbeit zusammen. Die Tagesordnung sah folgende Punkte vor: 1 Einführung des Stadtverordneten Ruczkowski, 2. Erteilung einer hypohekaren Sicherheit für die Bank Polski in Ostrowo von seiten der Stadtsparkasse, 3. Verkauf einer Parzelle in der ul. St. Malinowskiego an Frau Sadowczyk, 4. Umwandlung des hiesigen Gymnasiums in ein Koedukationsgymnasium, 5. Zuerteilung unentgeltlicher Feuerung an den Direktor des Gymnasiums, 6. die Vorschriften für die Revisionskommissionen, 7. Bildung der Kommissionen.

Posen, 8. Februar. Bei der Verübung von Taschendiebstählen wurde auf dem hiesigen Hauptbahnhofe der bekannte Warschauer Taschendieb Wacław Galecki beobachtet und festgenommen.

Seit dem 5. d. M. ist der 13jährige Sohn Felix des Flieger-Sergeanten Albert Pieczyński aus der elterlichen Wohnung spurlos verschwunden.

In der Cegielskischen Maschinenfabrik versuchte die PPS einen Arbeiterstreik zu inszenieren, weil die Fabrik, die mit Finanzschwierigkeiten zu kämpfen hat, mit den Lahnzahlungen im Rückstande geblieben war. Der Ausstand wurde von der Fabrikleitung durch Auszahlung von Vorschüssen und durch das Versprechen normaler Lohnzahlungen vereitelt.

Einbrecher stahlen aus der Amalie Radtkeschen Wohnung in der fr. Colombstraße 21 Schmucksachen und Kleidungsstücke im Werte von 850 Złoty.

Aus der Klempnermeister Kurschen Werkstätte, fr. Langestraße 13, wurden Werkzeuge im Werte von 1000 Zł. gestohlen.

* **Tremessen** (Trzemeszno), 8. Februar. Der hier stattgefundene Pferde- und Viehmarkt wies einen starken Auftrieb an Pferden wie auch an Rindern auf. Trotzdem wurde infolge der Geldknappheit ein mäßiger Umsatz erzielt. Bei Pferden versuchte man viel Tauschgeschäfte zu machen. Auswärtige Händler zahlten sonst für mittelschwere gute Zugpferde 300—350 Złoty, für schwächere 250—280 Złoty, die in der Mehrzahl vorhandenen leichten Pferde fanden keinen Absatz. Kühe brachten 110—170 Złoty, letzter Preis wurde für hochtragende Kühe gezahlt. Färsen 1—1½jährig wurden mit 70—110 Złoty gekauft.

Der heutige Wochenmarkt war infolge des äußerst stümischen Wetters schwach besucht und schon in den frühen Vormittagsstunden beendet. Für Butter zahlte man 1,20 und für Eier 1,10 pro Mandel. Zuchtferkel fanden Absatz mit 15—28 Złoty.

Kleine Rundschau.

Bombenexplosion in Barcelona.

London, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus Barcelona gemeldet wird, explodierten dort am Mittwoch abend zwei Bomben. Eine Person ist ums Leben gekommen.

Ohne Autosport — kein Leben!

Der Direktor des Königlich-ungarischen Automobilklubs Edmund Deghy hat sich vergiftet. In seinem Abschiedsbrief gibt er als Grund seines Selbstmordes an, daß er infolge hochgradiger Blutarmut sich dem Automobilsport nicht mehr widmen könne. Ohne Autosport bedeute ihm das Leben aber nichts.

Sturm über Norddeutschland.

Hamburg, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung). Seit den frühen Morgenstunden fegt ein starker Sturmwind über ganz Norddeutschland und die Küstengebiete. Gegen 9 Uhr hatte der Sturm auf der Nordsee und über der Ostsee bereits Stärke 10 erreicht. Inzwischen hat der Sturm sich zum Orkan entwickelt und ist nach Westen gedreht, so daß für die deutsche Nordseeküste erhöhte Sturm-Flut-Gefahr droht.

Verlangen Sie überall
auf der Reise, im Hotel, im Restaurant,
im Café und auf den Bahnhöfen die
Deutsche Rundschau.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 9. Februar 1934.

Krakau — 2,77, Zawichost + 1,35, Warschau + 1,08, Płock + 1,27, Thorn + 0,85, Fordon + 0,72, Culm + 0,76, Graudenz + —, Kurzebrak + —, Pieckel + —, Dirschau — —, Einlage + —, Schiewenhorst + —.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausfreund" Nr. 32

Am Mittwoch, dem 7. Februar, nachm. 3 Uhr, verschied nach langem schweren Leiden meine liebe gute Frau, unsere treusorgende, herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die Eigentümerin

Frau Emma Ziehlke
geb. **Meister**
im 65. Lebensjahre.

Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen
Gustav Ziehlke.

Zimne Wody, den 7. Februar 1934.

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 11. Februar, nachm. 3½ Uhr, vom Trauerhause aus statt. 845

Ausgelitten hast Du nun,
bist am frohen Ziele.
Wenn uns der Erlöser ruft,
sehen wir uns wieder.

Aufgebot.

Die Ehe wollen miteinander eingehen:
1. Der Landwirt Dr. jur. **Johann Jakob Friedrich Koerner,** wohnhaft in Mlewiec in Polen. 1690
2. die **Auguste Anneliese Koerner,** wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf, Karlsruherstr. 1.

Berlin-Wilmersdorf, am 5. Februar 1934.
Der Standesbeamte

Warschauerin erteilt **poln. Unterricht** Aleje Ossolińskich 10, I. 321

Hebamme

erteilt Rat mit gutem Erfolg. Diskretion zugesichert. 676
Danek Dworcowa 66.

Amtl. konzess. Büro
Dr. von Behrens
Promenada 5
Tel. 18-01
erledigt in Polen u. Ausland (5 Sprach.)
alle Schriftsätze
für Polizei, Gerichte, Steuerämt. usw. 1497

Stoffe für Damen- und Herrenbekleidung reell, gut und preiswert
Nur bei **KUTSCHKE**
Inhaber: **Fritz Steinborn** 1303
Tel. 1101 Bydgoszcz Gdańska 3.



Sie
als Geschäftsmann kommen ohne Drucksachen nicht aus und
wollen Erfolg
von den versandten Werbedrucken haben!
Wir
haben eine mit dem modernsten Material versehene Großdruckerei und
helfen Ihnen
bei Ihrer Kundenwerbung mit zeitgemäß hergestellten Werbedrucksachen.
Verlangen Sie unverbindliche Offerte und Vorschläge

A. DITTMANN T. z o. p.
Bydgoszcz,
Marszałka Focha 6 / Dworcowa 13.

Gepr. Lehrerin erteilt billig Unterricht i. Poln., Deutsch, Franz. u. Engl. Off. unt. **U. 828** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Unterricht

in **Buchführung**
Maschinenschreiben
Stenographie
Jahresabschlüsse
(eventl. mit Pension) durch 8697
Bücher-Revisor
G. Vorreau
Marszałka Focha 10.

Neuzeitlicher 2218
Privat-Unterricht
in einfacher, doppelter u. amerikanischer Buchführg., kaufm. Rechnen, Handelskorrespondenz, Kontorprax., Gesetzeskunde u. allen anderen Handelswissenschaften.
Georg Fibich,
Bydgoszcz, Hetmańska 20

Wo?
wohnt der billigste **Uhrmacher** 1482
und Goldarbeiter.
Pomorska 35.
Erich Luckszat.
Radio-Anlagen billigst.

Geübte Wäsche-Ausbesserin und Stopferin, die auch gut Kindersachen billig näht, bitt. um Arbeit, geht auch gern aufs Land. 1529
Frau Frank,
Srednia 3, Wohng. 3.

Rechtsangelegenheiten
wie Straf-, Prozeß-, Hypotheken-, Aufwertungs-, Erbschafts-, Gesellschafts-, Miets-, Steuer-, Administrationssachen usw. bearbeitet, treibt Forderungen ein und erteilt Rechtsberatung.
St. Banaszak
obrońca prywatny
Bydgoszcz
ul. Cieszkowskiego 4 1475
Telefon **1304.**

Uebernehme **Buchführung** stundenweise 835
ul. Toruńska 49, Wg. 2.

Balken,
Kantholz, Schal- u. Kistenbretter
billigst 682
Sägewerk
Fordońska 48
Tel. 99
Übernahme von Lohnschnitt.

Dogge

dunkelblaue Hündin, entlaufen. **Dr. Dietz,** Gdańska 90, Tel. 189 1687

Maschin.-Strickerei schon für das Frühjahr billig bei Frau **Boy, Gdańska 32.** Daselbst **Strickmaschine zu verk.** 846

Klavierstimmungen Reparaturen sachgemäß billig. 853
Wicherek, Grodzka 8.

Kirchenzettel.

Sonntag, den 11. Febr. 1934 (Estomihi).

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Bromberg. Paulskirche. Vorm. 10 Uhr Pfr. Gauer, 11½ Uhr Kindergottesdienst, nachmittag 5 Uhr u. Dienst. abds. 8 Uhr Versammlung des Jungmädchenver. i. Gemeindehause, Donnerstag abends 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehause, Pfr. Hesekiel. Evangl. Pfarrkirche. Vorm. 10 Uhr Pfr. Hesekiel* ½12 Uhr Kindergottesdst., Dienstag abends 8 Uhr Blaukreuzstunde i. Konfirmandensaale. Christuskirche. Vorm. 10 Uhr Pfr. Wurmbach, 11½ Uhr Kindergottesdst., Mont. abds. 8 Uhr Kirchenchor, Dienst. abds. 8 Uhr Jungmännerverein. **Luther-Kirche.** Frankenstraße 44. Vorm. 10 Uhr Kirchenvisitation d. Herrn Sup. Aßmann, nachmittag ½5 Uhr Gemeindefeier, Donnerstag abends 7 Uhr Passionsandacht.

Kl. Bartelsee. Vormitt. 10 Uhr Gottesdst. ½12 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 4 Uhr Frauenhilfe.

Schröttersdorf. Nachm. ½2 Uhr Kindergottesdst., Mittwoch abds. ½8 Uhr Chorsingen.

Schleusenau. Vormitt. 10 Uhr Gottesdst., anschl. Kindergottesdst., Donnerst. abds. 7 Uhr Passionsandacht.

Jägerhof. Mont. abds. 8 Uhr Ueben des Kirchenchors.

Ev.-luth. Kirche. Posenerstr. 25. Vorm. 9 Uhr Beichte, 9½ Uhr Predigtgottesdienst*, Freit. abds. 7 Uhr Passionsgottesdienst, Pfr. Paulig.

Baptisten-Gemeinde. Rinkauerstraße 41. Vorm. ½10 Uhr Gottesdienst, 11 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 4 Uhr Gottesdienst, Pred. Becker, nachmittag 6 Uhr Jugendbd. Donnerst. abds. 8 Uhr Bibel- und Gebetsstunde.

Landeskirchliche Gemeinschaft. Marcinkowskiego (Fischerstraße) 3. Vorm. 8¾ Uhr Gebetsstd., nachm. 2 Uhr Kinderstunde, nachm. 3½ Uhr Jugendbund, nachmittag 5 Uhr Evangelisation, Prediger Gnauk, Dienstag abends 8 Uhr Freundeskreisstd. des Jugendbundes, Mittw. abds. 8 Uhr Bibelstunde, Pred. Gnauk.

Evangelische Gemeinschaft, Töpferstr. (Zduny) 10 Vorm. 11 U. Kindergottesd. nachm. 4 Uhr Jugendstd., abends 8 Uhr Predigt, Pred. Wecke, Von Montag bis einschl. Freitag abds. 8 Uhr Evangelisat., Pred. Wolter.

Neuapostolische Gemeinde, Sniadeckich 40. Vorm 9½ Uhr Gottesdst., nachm. 3½ Uhr Gottesdst., Mittwoch abends. 8 Uhr Gottesdienst.

Cielle. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst, anschließ. Kindergottesdienst.

Lochowo. Nachm. 2 Uhr Gottesdienst.

Kruschdorf. Vormittag 10 Uhr Predigtgottesdst., danach Kindergottesdienst.

Wtelno. Vorm. 11 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 2 Uhr Gottesdienst, Dienst. nachm. 1½ Uhr Bibelstunde.

Osielsk. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Weichselhorst. Nachm. 2 Uhr Gottesdienst, anschl. Kindergottesdienst.

Grünkirch. Nachmittag ½3 Uhr Musikal. Feierstunde in der Kirche.

Schulitz. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, ¼12 Uhr Kindergottesdienst, nachm. ½3 Uhr Jungmädchenver., ½5 Uhr Jungmännerver., Mittwoch 6 Uhr Bibelstunde.

Otteraue-Langenau. Vormittag 10 Uhr Lesegottesdienst, dan. Kindergottesdienst.

Fordon. Vorm. 10 Uhr Gottesdst.*, 11 Uhr Kingottesdst., Montag 7 Uhr Jungmännerstunde, Mont. bis Freit. tägl. abds. 6 Uhr Bibelstunde für Männer.

Nakel. Vormitt. 10 Uhr Gottesdst. i. Nakel, 11½ U. Kindergottesdienst i. Nakel, nachm. 3 Uhr Gottesdienst in Erlau, 4 Uhr Versamml des Jungmädchenvereins, Dienstag abds. 7½ Uhr Missionsnähstunde, Freit. nachm. 4½ Uhr Versamml. der jg. Mädchen in Gorsin, abds. 6½ Uhr Versamml. der jungen Mädchen in Polichno-Hauland.

Oskar Meyer 1454
Gegr. 1899 **ulica Gdańska 21** Tel. 1389
Korrekteste Anfertigung sämtl. **Brillen.**

Heirat

Ausländerinnen und viele vermögende deutsch. Damen wünsch. glückl. **Heirat.** Ausk. kostenlos auch an Dam. aller Kreise. Größte Eheanbahnung für Damen und Herren.
Stabrey, Berlin, Stolpischestr. 48. 7962

Einheirat
in eine seit 30 Jahren eingeführte mechanisch. Tischlerei in Kreisstadt bietet sich evg. **tüchtigem Fachmann,** nicht unt. 25 Jahren. Zur Uebern. f. 12 000 Zł. erford. Ausführl. Offert. mit Bild unter **D. 1686** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Frl., 23 J. alt, evangl., etwas Vermög., gute Vergangenh., wünscht sich **zu verheiraten.** Gefl. Offerten an 838 **„Postep", Sniadeckich 43.**

2 Freundinnen, 21 u. 23 J. alt, ev., wünsch. m. Herren in Briefwechsel zu treten zwecks spät. **Heirat.** Gut. Aussteuer vorhanden. — Offerten unter **N. 1616** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Ingenieur
(junger Pole) wünscht **deutsche Dame** bis zu 23 Jahren zu
späterer Heirat
kenn. zu lernen. Ernstgem. Zuschr. mit Bild u. **S. 756** a. d. Geschst. d. Ztg.

Reichsdeutscher Landwirt
28 J. alt (bes. 105 Mg. in Mecklenbg.), hätte gern eine **Frau aus der alten Heimat** u. wünscht desh. Briefwechs. m. **Landw.-Tocht.** a. Posen od. Pommerell. zw. **Heirat.** Off. m. Bild unt. **R. 1550** a. d. Geschst. d. Z. Diskr. zuges.

Junger Mann, 35 J. alt, 8500 zł Bargeld, 250 zł monatl. Einkom., **wünscht Heirat** mit junger, hübsch., mittelgroß Landwirtschafts-Hausbesitzerin. Offert. mit Bild unt. **R. 1612** an die Geschäftsst. der Deutsch. Rundsch. erb.

Landwirt
Administrator eines gr. Betriebes, 30 Jahre alt, Deutsch-Pole, evangl., gute Erscheinung, sucht
Lebenskameradin
groß, blond, hübsch, bis 25 Jahre alt, Einheirat in Gut erwünscht, reich a. Herzensbildung, kinderlieb. Falls vermög. Ausländerin wäre Beibehaltung der Administration möglich. Str. Diskretion. Gefl. Off. mit Bild unt. **U. 1460** an die Geschst. d. Ztg.

Zwei deutsche Mädchen, 22 und 27 Jahre, in ganz poln. Umgeb. lebend, suchen Briefwechsel mit deutschen Herren zwecks späterer **Heirat.** Groß, schlank und schwarz, mittel, schlank u. blond. Lotterielos vorhanden, darum Vermögensaussichten. Offert. mit Lichtbild unt. **C. 1582** an d. Gschst. d. Ztg. erb.

Strebs., solid. Herrn v. 25—45 J., m. 8—10000 zł Verm., w. **Einheirat** gebot. in g. Geschäftsh. mit See u. Landwirtsch. v. 54 Morg. J. Dame ist 22 J., evgl., dunkel und herzensgut. Off. erb. u. **R. 1448** a. d. Gesch. d. Ztg.

Witwe, Mitte 30er m. Landwirtsch. von 220 Morg., 2 Kind.,
sucht tüchtig. Landwirt
mit Barvermögen von 8—12000 Złoty **zwecks Heirat.** Offert. unt. **C. 1490** a. d. „Deutsche Rundschau" erbeten.

Junger Mann, 30 J. a., mit Vermögen, wünscht Dame im Alt. v. 25—30 J., etw. Vermög. oder Grundstück
zwecks Heirat
kennen zu lernen. Gefl. Offerten unter **R. 1410** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Dame 24 Jahre alt, evangl., blond, nicht unvermögend, gebildet, wünscht die Bekanntschaft eines soliden, ehrenh. Herrn in gesicherter Stellung
zw. spät. Heirat
Zuschriften mögl. mit Bild unter **W. 1654** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Geldmarkt

150 000 Złoty
als erste Hypothek auf 2000 Morg. groß. Gut in best. Verfassung gesucht. Gefl. Offert. unt. **O. 1617** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

10000 u. 8000 zł
als erststell. Hypothek. auf 120 Mrg. u. 60 Mrg. große erstkl. Wirtschaft gesucht. Angebote unt. **P. 1446** a. d. Geschst. d. Z.

6-8000 zł auf ein Stadtgrundst. in Bydg. u. I. Hypoth. ges. Off. u. **G. 722** an d. Geschst. d. Z.

Geld
Hypotheken, Baugelder und Geschäfts-Kredite. Kostenlose und unverbindl. Beratung durch den Vertrauensmann der „Kapitalnachweis-Aktiengesellschaft"
J. Szandrach, Grudziądz, Lipowa 35. 966

Offene Stellen

Suche Rentenempfäng. als **Feld- u. Waldhüter**

Verpachte Gärtnerei mit **Treibhaus** und gutem Wohnhaus. 1557
Gutsbes. **C. Schmekel, Wiskitno,** Kr. Bromberg p. Wierzchucin król. Telefon Nr. 1.

Stammschäferei Dobrzyniewo
p. Wyrzysk, sucht zum 1. 3. od. 1. 4. 34 einen
Schäfergehilfen
Meldungen m. Lebenslauf, Zeugnissen und Lohnforderungen erbeten. 1689

Für mein Kolonial- u. Eisenwarengeschäft, verbunden mit Baumaterialien-Handlung, suche per sofort einen
Lehrling
mit guten Schulkenntnissen, Kenntnis beid. Landessprach. Beding. Bewerbung m. Lebenslauf zu richten an 1603
Richard Horstmann
Jablonowo (Pom.).

Für Lebensmittel-Spezial-Gesch. selbstd.
Filialleiterin 714
auf eig. Rechn. p. 1. 2. ges. Sich. Exist. Erford. 400 Zł. **Kujawska 41.**

Suche zu sofort eine bessere, evang., alleinstehende **Frau** in mittleren Jahren
als Stütze u. Gesellschafterin
für meine kränkl. Frau. Familienanschluß. Off. mit Angabe genauer Verhältn. wie auch Gehaltsanspr. u. **R. 1631** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Für größeren Gutshaushalt suche eine durchaus zuverlässige, ältere, evangel. 1628
Wirtin.
Frau Rittergutsbesitzer **Matthes, Nielub,** p. Wąbrzeźno, Pom.

Suche zum 1. 3. oder spät. eine evgl. jüngere
Wirtin
die auch Interesse für Federvieh hat. Zeugnisse und Gehaltsansprüche sind einzusenden an **Frau Meyer zu Bexten, Wybczyk,** p. Simon, pow. Toruń. 1655

Suche zum 15. Februar
Stubenmädchen und Kochlehrling
Fr. Rasmus,
Niewieścin, 1679
b. Pruszcz, Swiecie.

Stellengesuche

Einfacher, erfahrener **Landwirt** sucht eine Vertrauensstellung
als Oberinspektor od. Administrator
auch auf ein. heruntergewirtschafteten Gute. Offerten unter **D. 780** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Landwirtschaftlicher
Beamter
evgl., in ungek. Stellg., nur auf größ. Betrieb. tät. gewes., **sucht,** gestützt auf gute Zeugnisse, **verheiratete Stelle als erst. Beamter, Vorwerksverwalter oder Rechnungsführer** vom 1. 4. od. 1. 7. 1934. Poln. Spr. i. Wort u. Schrift. Angeb. u. **S. 1633** a. d. Geschst. d. Ztg.

Landw. Beamter
30 J. alt, evgl., mit best. Zeugniss., **sucht** bei ganz kl. Geh.-Anspr. **Stellung**
als ledig. Beamter
oder **einfach., verheir. Wirtschafter.** Gefl. Off. unter **A. 1671** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

200 zł Provision
zahle demjenigen, der **ev. landwirtschaftlichen Beamten,** 30 J. alt, mit guten Zeugnissen und langjähr. Praxis, zur **Stellung verhilft.** Off. unter **B. 1489** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Suche zum 1. 4. 1934 Stellung als
Hof- u. Feldbeamt.
Bin 29 J. alt, 6 Jahre Praxis auf größ. Güt. Poln. u. dtsch. Sprache in Wort u. Schrift mächtig. Off. u. **C. 844** an d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Landwirtssohn, der in Stellung ist, **sucht** vom 1. 3. 34 Stelle als 1649
jüngerer Beamter oder Eleve.
3 Jahre Praxis, der deutsch. u. poln. Sprache mächtig. Offert. erbitt. **Wilhelm Fröhlke, Kamieniec,** poczta Gostoczyn, pow. Tuchola.

Eleve mit 1jähriger Praxis, der sich in der Landwirtsch. mehr vervollkommnen will, sucht **von sofort** oder später Stellung als **Wirtschaftsbeamter.** Gute Zeugnisse vorh. Zuschr. werden unter **Nr. 1629** a. d. An.-Exp. **E. Caspari, Swiecie n. W.,** erbeten.

Brennerei-Verwalter
sucht zum 1. VII. 34 auf größ. Gute Stellung. Sehr gute und langjährige Erfahrungen in Brennerei, Trocknerei, Elektrotechnik, Buchführung, in der Landwirtschaft usw. 1674
Off. erbittet **W. Meyer, Przybysław,** p. Żerków, pow. Jarocin.

Brennergehilfe
der deutsch. u. poln. Spr. mächt., **sucht Stellung.** Offerten unter **T. 1635** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Motorschlosser
evgl., 24 J., sucht Stellg. **als Schlosser oder Monteur. Kurt Meister, Poniatowo,** p. Mamlicz, pow. Szubin. 836

Evgl., ledig. **Müller,** 26 J. a., d. deutsch. u. poln. Spr. mächt., zuverläss. Kraft, vertr. m. Rogg.-, Weiz.-, Gersten-, Hafermüll., Müllereimasch. u. Umg. mit der Kundsch., führt kl. Reparatur. u. Büroarb. aus, in ungek. Stellg., **sucht** bald oder später passd. **Stellung.** Gefl. Offert. unt. **L. 1613** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Tüchtiger, lediger **Schmied** der den Dreschsatz führt u. alle landwirtschaftl. Maschin. bedient, in all. firm, **sucht** v. 1. 4. **Dauerstellung.** Frdl. Off. u. **B. 1673** a. d. Geschst. d. Zeitg.

Jung. Gärtner
sucht ab April **Stelle,** wo er sich im Gemüseb. ausbild. kann, geg. mäßige Vergüt. Off. unt. **D. 848** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Unverh. Chauffeur und Kutscher sucht z. 1. 4. Stellg. Off. u. **H. 804** a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Verkäuferin
evgl., 27 J. alt, f. Kolonial- u. Manufakturw., auch im Haushalt bew., **sucht Stellung.** Frdl. Angeb. unt. **M. 1615** an d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Staatlich geprüfte
Schwester
45 J., seit 1911 tätig in Position, ausgebild. in Narkose, chirurg., gynäkologisch. u. medizinisch. Hilfeleistung u. Pflege, firm i. Haushaltsplan, Büro, Küche u. Wäsche, möchte anderen Wirkungskreis und zwar selbständ. Leitung eines Hauses bis 100 Betten gleich welch. Art, wenn möglich Freist. Danzig. Gehalt nach Vereinb. Gefl. Off. unt. **D 1584** an die Geschst. d. Ztg.

Wirtschafterin
perf. in fein., einfacher Küche, Back., Einwecken, Einschlachten,
sucht Stellung
zum 15. 2. oder 1. 3. Gefl. Offerten unter **U. 1565** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Ehrl., zuverl. **Wirtin** (Stütze), die gut selbstd. kocht u. wirtschaft. kann, **sucht** zum 15. 2. od. spät. **Stellung.** Gute Zeugn. u. Empfehl. vorhanden. Gefl. Offert. unt. **B. 1581** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb

Aelt. Waise, heimatl., evang., sucht Stellg. als
Wirtschafterin
event. auch i. frauenlos. Haush., ab 15. 2. o. spät. Off. u. **Z. 769** a. d. G. d. Bl.

Köchin
die perfekt kochen, plätten u. sämtliche Arbeit versteht, sucht Stellung v. 15. 2. 34 zu zwei oder einer Person. Offert. u. **L. 813** an d. Gst. d. Ztg.

Suche zum 15. 2. Stellg.
als erstes Mädchen od. einfache Stütze
in Stadthaushalt. Gut bewandert im Kochen, Schneidern u. Plätten. Offerten unter **M. 1537** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Evangl. Schneiderjungfer und **evangl. Stubenmädchen**
suchen ab 1. März 34 Stellung. Gute Zeugn. vorh. Off. u. **A. 1580** a. d. Gst. d. Ztg. erb.

Landwirtstochter
evgl., 27 Jahre alt, ehrl. u. anständ., 4 Jahre in frauenlos. Haush. tätig, **sucht** ab 1. 3. 34 in besser. Hause **Stellung.** Gutes Zeugn. vorhanden. Off. mit Gehaltsang. unter **G. 803** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erb.

Alleinstd. Mädchen
kath., sucht von sof. oder 15. 2 **Stellung als Hausmädchen.** Kochkenntn. vorhand. Off. u. **J. 807** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Besitzertochter m. Koch-, Näh- und Plättkenntnissen **sucht Stellung** in bess. Haushalt. Off. u. **K. 684** a. d. G. d. Ztg.

Gläubiges Mädchen sucht Stellung als
besser. Alleinmädchen oder Stubenmädchen.
Angebote mit Gehaltsang. bitte z. richten unt. **F. 1589** a. d. Geschst. d. Z.

Stubenmädchen
kinderl., nähen, plätten, servieren, gute Zeugnisse, sucht Stellung v. 15. 2. 34 als Stuben- oder Alleinmädchen. Offert. unt. **M. 814** an d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Suche vom 15. 2. 1934 Stellung als
Stubenmädchen,
schon in Stellung gewesen. Meld. m. Gehaltsang. unt. **L. 1412** a. d. „Deutsche Rundschau" erbeten.

Suche von sof. od. spät. in besser. deutsch. Landhaush. **Stellung** 1651
als Hausmädchen
mit Koch. Gute Zeugn. Ang. unt. **W. 1777** an A.-Exped. **Wallis, Toruń.**

2 junge Mädchen
v. Lande, 21 u. 24 J. alt, schon in Stellg. gewes., **suchen** z. 15. 2. od. 1. 3. 34 **Stellung als Stuben- oder Alleinmädchen,** bevorzugt Stadt Bromberg. Off. unt. **B. 1650** an d. Geschäftsst. d. Ztg.

An- u. Verkäufe

Hausgrundstück mit 2 Bauplätzen im ganzen zu verkauf. 832
ul. Sowińskiego 10, m. 1.

Tausche
126 Mrg. Landwirtschaft prima Inv. kompl. geg. kleinere bis 60 Mrg. geg. Zuz. auf Gastwirtschaft od. auch zu verk. Anz. 25 000 zł. Off. u. **O. 817** an d. Geschst. d. Ztg. erb.

Gute Zinshäuser
in Bydgoszcz oder Toruń gegen Barzahlung in Berlin zu kauf. ges. Off. unt **P. 822** a. d. Gst. d. Ztg.

Alt eingeführtes
Restaurationsgrundstück
m. groß. Saal, Bühne, Nebenräum. u. Garten sowie Mietsgrundstück krankheits- und altershalber zu verkaufen. Offerten unter **B. 830** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

2 Häuser in Berlin geg. ebensolche Objekte in Polen zu tauschen gesucht. Offert. **Weinstein, Warszawa,** Nowolipie 7. 1684

Zu kaufen gesucht:
Gute **Wassermühle oder Landwirtschaft**
120—150 Morg. m. gut. Boden. Ang. u. **Z. 1778** a. A.-Exp. **Wallis, Toruń**

3jährige, schwere 841
tragende Stute
zu verkaufen
Bydgoszcz, Fordońska 28.

Hochtragende, schwere Herdbuchsterke
von sehr milchreicher Abstammung, verkauft
Bruno Nickel,
1576 **Wielki Lubień,**
Grudziądz, Tel. 408.

Gebrauchtes
Klavier
gut erhalten, zu verkaufen bei barer Kasse. Offerten unter **E. 1691** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Komplette neue **Küche**
zu verk. **Jagiellońska 26,** Wohn. 9 (Hof). 773

Gold und Silber sowie Silbergeld
kauft **B. Grawunder,** Dworcowa 57. Tel. 1698.

Auto
„Fiat" 503, Limousine, wie neu, zu verkaufen **Toruńska 8.** 849

Motorrad
z. kauf. ges. Off. u. **Z. 834** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

2zöllig. neuer Arbeitswagen und Geschäftswagen bill. zu verkauf. **Hetmańska 25.** 694

Gebrauchter, leichter
„Jagdwagen"
zu kaufen gesucht. Off. u. **E 1588** a. d. Gschst. d. Z.

Verkaufe Sicherheitsschlösser und Bratöfen 779
Pod Blankami 26.

Verdeckwagen (Coupé), in gut. Zustande, verk. preisw. **J. Kopczyński, Wąbrzeźno,** Pom. 1681

Gebrauchten Kühler für Chevrolet (Modell 26 sucht **Sępólno Pom.,** Postfach 18. 1609

Automatische
Bildschnitzmaschine
6 Bohrer, nur kurze Zeit im Betrieb gewesen, äußerst billig verkäufl. Gefl. Anfrag. u. **H. 1606** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Sacknähmaschine
prima Fabrik., gut erhalt., sofort zu kaufen gesucht. Off. unt. **A. 840** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Eine kompl. Anlage
f. **Schroterei,** Steine 1,12 Durchm., m. 2 Elevat.; **ein Drehstrom-Motor,** 16 PS., mit sämtlich. Zubehör, fast neu, bill. zu verkaufen. Offert. unt. **Nr. 1623** a. **Emil Romey, Grudziądz,** erbeten.

Zwei gebrauchte eiserne Fässer
mit 1—2 m³ Inhalt gesucht. Preisangeb. unt. **Z. 1666** a. d. Geschäftsst. dieser Zeitg. zu richten.

Formkasten
für Zementdachsteine mit ca. 1000 dazu gehörigen Platten spottbill. abzugeben. Gefl. Anfragen unter **J. 1607** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Wohnungen

Gesucht
3-Zimmer-Wohng.
m. Korrid. von pünktl. zahl. kinderlos. Ehepaar mögl. Zentr. Preis ca. 60 Zł. Offert. unt. **S. 826** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Suche vom 1. 3. 1934
Stube und Küche.
Zahle Miete bis 2 Jahre i. voraus Off. u. **W. 833** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Möbl. Zimmer

Gesucht gut
möbl. Zimmer
mit Frühstück ab 18. d. Mts. auf ungef. 14 Tage. Gefl. Offert. unt. **F. 1694** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

2 gut möbl. Zimmer an gut situiert. Herrn ab 1. 3. zu vermiet. 823
Konarskiego 11, W. 1.

Besserer Lehrling oder Schüler findet freundl. Zimm., evtl. Pension m. Klavier. 1403 **Wicher, Zduny 2,** II 8, alte Nr. 20.

Möbl. Zimmer zu verm.
865 **Chrobrego 23,** Whg. 7

Pachtungen

Wassermühlen-Grundstück
ist von sofort zu verpachten. Zur Uebernahme 7000 zł erforderl. Offert. unt. **W. 1572** an d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

In der Nähe von **Bromberg** eine Privatpachtung von ca.
120–150 Morgen
mit etwas Wiese für bald gesucht. Pächter besitzt eigenes Inventar. Off. unt. **U. 1648** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Geschäft
m. Einrichtung u. Wohnung, beste Lage am Markt und Bahnhof, günstig zu verm. 1263
Grunwaldzka 78, Wirt.

Schweizerhaus
4. Schleuse.
Empfehle den geehrten Gästen mein Familienlokal. **Guten Kaffee in Kännchen u. Kuchen.**
1477 **M. Kleinert.**

Restauracja Bagatella
Jagiellońska 34
Sonnabend, d. 10. d. M.
Großes Wurst- u. Eisbein-Essen,
wozu freundl. einladet
850 **M. Koluśniewski.**



Deutsche Bühne
Bydgoszcz T. z.

Mit Rücksicht auf den Ausklang der Vergnügungszeit und andere Veranstaltungen werden die vorgesehenen Erstaufführungen um eine Woche verschoben.

Sonntag, 11. Februar, nachm. 4 Uhr:
Geschlossene Sondervorstellung als Freivorstellung für Kinder.
Das Märchen vom kleinen Teufelein.
Zu dieser letzten Vorstellung des Märchens haben außer Lehr- und Aufsichtspersonen **Erwachsene keinen Zutritt.**
Es haben nur soviel Kinder Zutritt, als tatsächlich Plätze vorhanden sind. Sammel-Anmeldung sofort bei der Direktion Gdańska 91, Wohn 7. Die Kartenausgabe erfolgt am Freitag, vormittags zwischen 11—12 und nachm. 5—6 Ohne Eintrittskarte kein Einlaß.
Abends keine Aufführung.
1653 **Die Direktion.**

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 32.

Bromberg, Sonnabend, den 10. Februar 1934.

Pommerellen.

9. Februar.

Graudenz (Grudziądz)

Zurückgewiesene Wahlproteste.

Das Wojewodschaftliche Verwaltungsgericht in Thorn hat die gegen die Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen in Neuenburg (Nowe), Kreis Schwetz, und Schönsee (Kowalewo), Kreis Briesen, eingelegten Proteste verworfen. Damit sind diese Wahlen in den beiden Orten rechtsgültig geworden. *

× **Auch der zweite Vortrag in der auf drei Abende berechneten Vortragsserie** über das Thema „Das sterbende Zeitalter" im Sportclub Graudenz am Mittwoch abend hatte sich eines starken Besuches zu erfreuen, so daß der große Saal der Loge gänzlich gefüllt war. Der Redner, Professor Lang aus Bromberg, setzte seine Betrachtungen und Erklärungen fort über die Wandlungen, die sich in der neuesten Zeit in völkischer, sozialer und ethischer Beziehung vollzogen und grundstürzende Veränderungen im Gefolge gehabt haben. Wiederum verstand er es, durch seine lebhafte, fesselnde Darstellungsweise die Hörer, an deren geistige Aufnahmefähigkeit stellenweise ganz erhebliche Anforderungen gestellt wurden, bis zum letzten Wort in Spannung zu erhalten. Stürmischer Beifall, der selbst mehrfach im Laufe der Ausführungen des Redners losbrach, legte Zeugnis davon ab, welch hohes Interesse die länger als anderthalbstündigen Darlegungen gefunden hatten. *

× **Personalveränderung bei der Polizei.** Zum Kommandanten der Staatspolizei in Graudenz ist der bisherige Polizeikommandant für den Landkreis Graudenz, Kommissar Wlodzimierz Nowak, ernannt worden. Die Übernahme der Amtstätigkeit auf dem neuen Posten erfolgt im laufenden Monat, und zwar nachdem der Nachfolger im Amte des Kreispolizei-Kommandanten, Kommissar Gruszczyński, die Geschäfte übernommen haben wird. *

× **Einem Wüstling zum Opfer fiel** dieser Tage abends ein junges Mädchen aus Zawada-Wolla (Zawadzka Wola), Kreis Graudenz. Der Unhold stürzte sich auf die von einem Ausgange nach Hause Zurückkehrende und verübte an ihr ein Sittlichkeitsattentat. Von der Polizei wurden sofort nach dem unbekannten flüchtenden Täter Nachforschungen angestellt, die zwar zunächst noch keinen vollen Erfolg hatten. Es konnten jedoch Spuren aufgenommen werden, die eine baldige Ergreifung des Unholdes erwarten lassen. *

× **Bubenstreich.** Nach der Kalinkerstraße (Kalinkowa) wurde die Freiwillige Feuerwehr gerufen. Nach ihrem Erscheinen mußte sie feststellen, daß nichtsnutzige Bengel die Scheibe des Feuermelders eingeschlagen und daß die Wehr einem Falschruf zum Opfer gefallen ist. Leider haben die Täter entwischen können. *

× **Die Dreistigkeit des Diebsgesindels** übersteigt jetzt alle Grenzen. Was in Hauskorridoren nicht niet- und nagelfest ist, fällt gierigen Händen zum Opfer. Augenblicke, in denen sich niemand auf der Treppe bewegt, werden ausgenutzt, um irgend einen möglichst lohnenden Fang zu machen. Mittwoch nachmittag zwischen ½6 und 6 Uhr wurde aus dem Flur des Hauses Unterthornerstraße (Toruńska) 13 der auf dem Treppenpodest der 1. Etage befindliche, etwa 5 Meter lange Kokosläufer gestohlen. Eine solche Arbeit nimmt immerhin eine geraume Zeit in Anspruch und läßt die Gefahr der Ergreifung nahe heranrücken. Aber das schreckt, wie der Fall zeigt, derartig dreiste Spitzbuben nicht. *

× **Diebstähle.** Ein Meßapparat im Werte von 200 Zł. ist aus dem Bureau Pohlmannstraße (Mickiewicza) 39 entwendet. Weiter sind bestohlen worden: der Weichensteller Andrzej Pieńczewski um zwei Bienenstöcke und Rahmen aus anderen Stöcken im Gesamtwerte von 100 Złoty, Paweł Peczyka, Unterthornerstraße (Toruńska) 31, um 4 Wagenräder im Werte von 80 Złoty, die Rosanowskische Mühle um 20 Säcke im Werte von 20 Złoty. *

× **Acht Personen, darunter drei Diebe und zwei Hehler,** sind dem letzten Polizeibericht zufolge festgenommen worden.

Thorn (Toruń)

‡ **Eine taubstumme,** etwa 43 Jahre alte Frau wurde am Mittwoch wegen Herumtreibens durch die Polizei aufgegriffen und der Wohlfahrtsabteilung der Stadtverwaltung zugeführt. Man vermutet, daß die Frau aus irgend einer Taubstummenanstalt entflohen ist. * *

‡ **Unter dem Verdacht des Einbruchsdiebstahls** wurden vier Personen verhaftet und der Prokuratur beim Bezirksgericht übergeben. Zwei wegen Kohlendiebstahls zum Schaden der Eisenbahnverwaltung Festgenommene wurden nach erfolgter Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt, desgleichen ein wegen Trunkenheit Sistierter. Eine Person wurde wegen verschiedener Ausschreitungen in bezechtem Zustande der Burgstarostei zugeführt, eine wegen Unterschlagung und neun wegen Hehlerei in Polizeiarrest genommen. — Zur Anzeige gelangten sechs kleine Diebstähle, von denen ein Drittel aufgeklärt werden konnte, ein Fall unrechtmäßiger Aneignung, die Verletzung eines Passanten durch den Biß eines Hundes in das linke Bein und vier Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften. — Außerdem wurde der Verlust eines goldenen Armbandes mit Kettchen und das Entlaufen eines weiß-roten Bernhardinerhundes angezeigt. * *

= **Aus dem Landkreis Thorn (Toruń),** 8. Februar. Der „Landwirtschaftliche Verein Gutowo u. U." hatte gestern im Saale des Gastwirts Oborski in Gr. Bösendorf ein Wintervergnügen veranstaltet. Die üblichen Darbietungen, Theater und Konzert, gingen dem Tanzvergnügen voran.

d. **Gdingen** (Gdynia), 8. Februar. Eine neue Schiffahrtslinie nach den baltischen Staaten ist in diesem Monat errichtet worden. Die Schiffe, die alle 7 Tage verkehren sollen, werden die Häfen Königsberg, Memel, Riga usw. anlaufen.

Schwer bestohlen wurde der Postbeamte Fr. Konkel. Unermittelte Diebe, die in die verschlossene Wohnung durch ein Hoffenster eindrangen, stahlen 2 Anzüge, einen Damenmantel, eine Taschenuhr, Wäsche und anderes im Gesamtwerte von etwa 500 Złoty. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Überfallen wurde im nahen Walde die 23jährige Fr. Kleina. Zwei unbekannte Täter warfen sie zu Boden und entrissen ihr die Handtasche mit etwa 90 Złoty. Die Tasche wurde unweit des Tatortes aufgefunden.

Schwer verletzt wurde bei einem Tanzvergnügen St. Szalaj, der zahlreiche Messerstiche erhielt. In bedenklichem Zustande brachte man ihn ins Krankenhaus. Der Täter konnte verhaftet werden.

Feuer entstand gestern von einem eisernen Ofen in der Wohnung des Joh. Lange, wobei fast die ganze Zimmereinrichtung von den Flammen ergriffen wurde. Dank sofortiger Hilfe konnte der Brand bald gelöscht werden. Der entstandene Sachschaden ist recht bedeutend.

v. **Culmsee** (Chełmża), 8. Februar. Standesamtliche Nachrichten. In der Zeit vom 1. Januar bis 4. Februar d. J. gelangten beim hiesigen Standesamt 40 eheliche Geburten (23 Knaben und 17 Mädchen), sowie zwei eheliche Zwillingsgeburten zur Anmeldung und Registrierung. Die Zahl der Todesfälle betrug 27 (15 männliche und 12 weibliche Personen), darunter 9 Erwachsene über 50 Jahre und 4 Kinder im ersten Lebensjahr. Im gleichen Zeitraum wurden 10 Eheschließungen vollzogen.

x. **Kamin** (Kr. Zempelburg), 8. Februar. Die Ortsgruppe Kamin des „Landbund Weichselgau" veranstaltete unter zahlreicher Beteiligung ihrer Mitglieder aus Stadt und Land im Hotel Majewski ihr diesjähriges Wintervergnügen. Die Hauptattraktion des Abends bildete eine Theateraufführung der jugendlichen Zempelburger Ortsgruppen-Mitglieder und zwar der 3aktige Schwank „Die Logenbrüder" von Carl Laufs und Curt Kraatz. Das bekannte bühnenwirksame Stück, das von den Darstellern in höchst anerkennenswerter Weise gespielt wurde, entfesselte bei den ergötzlichen lustigen Szenen wahre Lachstürme, so daß der Beifall des vollen Saales am Schlusse der Aufführung ein wohlverdienter war. Nach der Vorstellung wurde der Göttin Terpsichore noch mehrere Stunden bei gemütlichem Beisammensein gehuldigt.

Bei dem Landwirt und Tischler Zielke in Wiesengrund hiesigen Kreises drangen unlängst Diebe des Nachts in die Werkstatt ein und stahlen fast das gesamte Tischlerhandwerkszeug. Von den Tätern fehlt z. Zt. jegliche Spur.

p. **Neustadt** (Wejherowo), 8. Februar. In der gestern abend stattgehabten Sitzung des Stadtparlaments waren alle Mitglieder anwesend. Zunächst wurde nach der Begrüßung und Eröffnung durch den Bürgermeister der Stadtverordnete Ing. Szilka eingeführt. — Durch Beschluß wurde der Finanzkomission die Notwendigkeit der Aufnahme eines langfristigen Darlehns in Höhe von 100 000 Złoty aus der Landeswirtschaftsbank anheimgestellt. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung gab der Bürgermeister das Reglement über die Tätigkeitsbefugnisse, Pflichten und Rechte des Stadtparlaments bekannt, welches einstimmig angenommen wurde. Das Reglement für die Revisionskommission wurde ebenfalls angenommen, desgleichen auch das Dienststatut der städtischen Beamten. Ein schriftlicher Mehrheitsantrag um Beibehaltung des jetzigen kommissarischen Bürgermeisters Theodor Bolduan als hauptamtlicher Bürgermeister und keine Vakanzausschreibungen vorzunehmen, wurde einstimmig angenommen. Daraufhin wurden die verschiedenen Kommissionen gebildet und die Vertreter ernannt. Für die Aufhebung des Januar-Krammarktes stimmten alle Anwesenden. Die Diätenfrage für den Stadtvorstand, die Kenntnisnahme des Revisionsprotokolls der städtischen Hauptkasse, sowie das Verlesen des Reglements über die Benutzung der Schlachthauskühlhalle fanden ihre schnelle Erledigung. Die Versammlung nahm sodann Kenntnis von der verspäteten Bilanz der Kommunalsparkasse für 1931/32. Nachdem das Statut des Schlachthauses genehmigt, der Nachtragsetat für 1932/33 gutgeheißen und eine kurze Geheimsitzung abgehalten wurde, erreichte die Sitzung um 11 Uhr nachts ihr Ende.

* **Putziger Heisternest** (Jastarnia), Seekreis, 8. Februar. Der Fischer Glembin war mit seinem Kutter „Jastarnia 3" auf Fischfang ausgefahren und befand sich schon auf dem Heimwege. Auf unbekannte Weise stieß er mit einem anderen Kutter zusammen, wobei sein Fahrzeug erheblich beschädigt wurde. An eine Weiterfahrt war nicht zu denken. Man einigte sich dahin, daß der polnische Fischer den Kutter „des Täters" erhielt, während das beschädigte Fahrzeug nach Leba zur Ausbesserung gebracht wurde. Da aber der Fischkutter aus Leba neu war, zahlte der Fischer Glembin den Preisunterschied zu und fuhr froh heim. So einigte man sich, ohne das Seegericht zu gebrauchen.

d **Putzig** (Puck), Seekreis, 7. Februar. Im Eise eingebrochen ist auf dem Wick der Fischer Frendel, der auf dem Wege von Putzig nach Kußfeld sich befand. Im letzten Augenblick konnte er von zufällig heimkehrenden Fischern gerettet werden.

a. **Schwetz** (Swiecie), 8. Februar. In Dt. Lonk war vor einigen Tagen in später Abendstunde bei dem Landwirt Anton Schulz Feuer ausgebrochen, wodurch der Pferde- und Schweinestall, die Scheune mit allen Futtervorräten, sowie viele landwirtschaftliche Maschinen verbrannt sind. Der entstandene Schaden ist sehr beträchtlich.

Auf dem hiesigen Standesamt konnten für die Zeit vom 1.—31. Januar d. J. 33 Anmeldungen registriert werden, und zwar 16 Geburten, 9 Knaben, 7 Mädchen, davon eine uneheliche, 5 Eheschließungen, 11 Todesfälle.

Die staatliche Oberförsterei Swikatowko wird am 13. d. M in Johannisberg im Lokale von Knuth vormittags 10 Uhr einen größeren Posten Brenn- und Nutzholz verschiedener Art gegen Barzahlung verkaufen.

h **Soldau** (Działdowo), 8. Februar. Ein Heiratsschwindler hatte sich in diesen Tagen vor dem hiesigen Kreisgericht zu verantworten. Auf der Anklagebank saß Br. Olcksiak aus Mlawa, der zu einem Mädchen in Grallau (Gralewo) nähere Beziehungen angeknüpft hatte und ihm die Heirat versprach. Er verstand es, dem Mädchen 150 Złoty angeblich für die zu einer Trauung nötigen Unkosten abzuschwindeln, worauf er es einfach sitzen ließ. Für diese Tat erhielt er zwei Monate Haft. Die Strafe wird ihm erlassen, wenn er binnen zwei Monaten der Geschädigten die 150 Złoty zurückerstattet. — Benedykt Kadzanowski aus Mlawa hatte einem Landwirt auf dem Wochenmarkte im Hazardspiel in drei Minuten 80 Złoty abgeschwindelt. Wegen des Falschspiels verurteilte ihn das Gericht zu 8 Monaten Gefängnis.

In der vergangenen Woche stahlen Diebe dem Gerichtssekretär Smoczynski und dem Finanzbeamten Paszkiewicz vom Hausboden Wäsche. Der Polizei ist es gelungen, die Spitzbuben zu ermitteln und ihnen die Beute abzunehmen. Einer von ihnen ist ein Bettler, der oft Gast in der Wohnung des S. war und Almosen erhielt. Aus Dankbarkeit bestahl er ihn zuletzt.

Von Deutschland wurde der hiesigen Grenzbehörde ein Stanislaw Bokoff aus Briesen (Wąbrzeźno) übergeben. B. war nämlich im Jahre 1921 als 14jähriger Knabe nach Deutschland ausgerückt, als er auf Grund eines Gerichtsurteils in einer Besserungsanstalt untergebracht werden sollte. In Deutschland wurde er wegen eines Verbrechens zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt und büßte die Strafe in Rastenburg in Ostpreußen ab. Nach Verbüßung der Strafe wurde er aus Deutschland ausgewiesen.

Vandsburg, 8. Februar. Aus der verschlossenen Wohnung des Bäckermeisters Scharmer stahlen Diebe eine Kassette mit Wertpapieren, eine silberne Ankeruhr, eine goldene Krawattennadel und ca. 620 Złoty bares Geld. Nach den Tätern wird gesucht.

Marktbericht. Butter kostete heute 0,80—1,10, Eier 0,80—1 Złoty. Der Besuch und Betrieb war trotz des schlechten Wetters ein reger.

x. **Zempelburg** (Sępólno), 8. Februar. Ein dreister und schwerer Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum Sonntag in der Postagentur Sitno hiesigen Kreises verübt. Die Diebe hatten sich durch ein Fenster Eingang in einen Nebenraum verschafft und gelangten von hier aus durch gewaltsames Aufbrechen des Türschlosses in das Amtszimmer. Hier erbrachen sie den Geldschrank, wobei ihnen die darin befindliche Summe von 1700 Złoty in die Hände fiel; daneben erbeuteten die Täter auch noch eine Menge Postwertzeichen. Der Postvorsteher M. befand sich in der genannten Nacht in Bromberg, was den Dieben wahrscheinlich bekannt gewesen sein muß. Die im angrenzenden Zimmer schlafende Ehefrau des Postagenten hat keine Geräusche wahrgenommen. Erst nach seiner Rückkehr aus Bromberg bemerkte M. den Vorfall. Die sofort alarmierte Polizei konnte bisher die Einbrecher nicht ermitteln.

Graudenz.

Deutscher Büchereiverein.
Donnerstag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, in der Goetheschule
1680
Vortrag Frau von Brederlow-Danzig:
Die Kunst des Goetheanums
(Eurhythmie als neue Bewegungskunst.)



Pianos
direkt aus der Fabrik liefert zu billigsten Preisen in bester Qualität
die größte und leistungsfähigste
Piano-Fabrik B. Sommerfeld
Bydgoszcz, ul. Sniadeckich 2 1086
Filiale: Poznań, ul. 27. Grudnia 15.

Klavier-Unterricht wird gründlich u. billig erteilt Szewska 12, part.

Musik-Unterricht erteilt 4633
Karl-Julius Meissner. Mickiewicza 29.

Tapezierer sucht Arbeit im Aufpolstern von Matratz., Sofas, Klubgarnituren usw. 1404
Pl. 23. Stycznia 21, W. 9.

Kürschnerarbeiten
Jacken, Muffs, Kappen und Pelze, sowie Umarbeitung von Damenhüten werden zu billigen Preisen ausgeführt
J. Mania, 8136
Plac 23 go stycznia 24.

Kirchl. Nachrichten.
Sonntag, den 11. Febr. 1934 (Estomihi).
Rehden. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Unterredung mit der Jugend, Mittwoch nachmitt. 5 Uhr Passionsandacht.
Fürstenau. Nachm. 3 Uhr Gottesdienst.

Thorn.

Zu der **Eltern-Stunde**
der Jugend-Abteilung des Schulvereins am Sonntag dem 11. d. Mts., nachm. ½5 Uhr im Deutschen Heim haben nur Mitglieder und deren Angehörige gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte Zutritt. Diejenigen Mitglieder, die eine Mitgliedskarte noch nicht besitzen, werden aufgefordert, sie im Laufe des Sonnabend bei Herrn Kling, Szeroka 7, abzuholen. 1692

Soeben erschien in Buchform:
Das Thorn der 70er und 80er Jahre
Ein Lang-, Breit-, Quer- und Zickzackschnitt durch das Leben und Treiben der damaligen Zeit. Aus der Erinnerung eines Zeitgenossen.
Ladenpreis 1 Złoty.
Das kleine Büchlein ist dazu bestimmt, allen Thornern Freude zu bereiten. Es darf deshalb in keiner Familie fehlen. Deshalb sollte es auch ein jeder an seine abgewanderten Freunde und Angehörige als treuen Heimatgruß senden.
Inlands- und Auslandsporto 10 gr.
Justus Wallis
1682 Toruń, ul. Szeroka Nr. 34.

Hebamme
erteilt Rat, nimmt Bestell. entgegen. Diskret zugesichert. Friedrich. Toruń, św. Jakóba 15.

Wurstessen
(eigener Schlachtung)
Sonntag, 11. Februar
Autenriebs Bierstuben
Prosta 18/20. 1669
Konzert! Kappen!

Kaufe Gold und Silber
Hoffmann, Goldschmiedemeister, Piekary 12.

Kirchl. Nachrichten.
Sonntag, den 11. Febr. 1934 (Estomihi).
Rudak. Nachm. 3 Uhr Gottesdienst.
Rentschkau. Nachmittag ½3 Uhr Gottesdienst, Donnerstag abds. 6 Uhr Bibelstunde.
Luben. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, dan. Kindergottesdienst.

Weitgehende Steuererleichterungen

zur Belebung der Danziger Wirtschaft.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 6. Februar.

In der am Mittwoch erschienenen Nummer des Staatsanzeigers werden eine Reihe von Maßnahmen des Senats steuerlicher Art veröffentlicht. Sie stehen in Verbindung mit der diesjährigen Veranlagung zu den großen Staatssteuern (Einkommen-, Körperschafts-, Gewerbe- und Umsatzsteuer), für die die Steuererklärungen bis zum 15. Februar d. Js. einzureichen sind. Der Senat hat sich von dem Gedanken leiten lassen, daß unter Berücksichtigung der Lage der Staatsfinanzen durch fühlbare Erleichterungen der wirtschaftlichen Notlage Rechnung getragen werden muß.

Der Senat hat zunächst eine **wesentliche Senkung** der für 1934 festzusetzenden **Gewerbesteuer** beschlossen unter Beibehaltung des Rahmens der bereits im Juli 1933 beschlossenen Senkung der Gewerbesteuer. Es ermäßigt sich:

a) die Gewerbemindeststeuer der unteren Betriebsgruppen 5—6 um je 50 Prozent,

b) die Gewerbemindeststeuer für die übrigen Betriebsgruppen um je 25 Prozent,

c) die Gewerbeertragssteuer allgemein um 10 Prozent.

Unter Berücksichtigung dieser Ermäßigung sind im übrigen die jährlich vom Senat zu beschließenden Richtlinien für die Einreihung der Gewerbesteuerpflichtigen in die Gewerbemindeststeuergruppen für 1934 gegenüber dem Vorjahre unverändert geblieben. Der Senat verwirklicht damit seine Absicht, den am meisten unter der wirtschaftlichen Not leidenden Berufsklassen nachhaltig zu helfen. Die Regierung erhofft von dieser Maßnahme eine weitere wirtschaftliche Belebung dieser Kreise zum Nutzen der gesamten Volksgemeinschaft.

Wesentliche steuerliche Erleichterungen sind vor allen Dingen auf dem Gebiete der Umsatzsteuer der Landwirte getroffen. Die „Verordnung betr. die anderweitige Festsetzung für landwirtschaftliche Erzeugnisse" setzt die von den Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe zu entrichtende Umsatzsteuer, soweit sie auf selbstgewonnene Erzeugnisse entfällt, für die Dauer des Kalenderjahres 1934 auf 1 vom Hundert herab gegenüber einem Normalsteuersatz von 1½ vom Hundert.

Danzig und die Erklärung

des polnischen Außenministers.

Der polnische Außenminister **Beck** hat bei seiner großen außenpolitischen Rede im Senat sich auch mit den Beziehungen Polens zu Danzig ausführlicher beschäftigt. Darüberhinaus haben aber auch die Ausführungen, die über das Verhältnis Polens zu Deutschland gemacht wurden, für die Beziehungen zwischen Danzig und Polen grundlegende Bedeutung.

Von maßgebender Danziger Seite erfährt die „Dako" zu dem Eindruck, den die Erklärungen des polnischen Ministers in Danzig gemacht haben, folgendes:

Wenn der polnische Außenminister zu seiner programmatischen großen Rede bei der Erwähnung Danzigs davon gesprochen hat, daß es hier nicht mehr um eine bloße diplomatische Angelegenheit ginge, sondern um eine Frage, die „das tägliche Leben des polnischen Staatsorganismus berührt", so kann darin von Danzig aus nur die Bestätigung dafür gesehen werden, daß hier in besonders weitgehender Weise eine auf natürlicher Verbundenheit beruhende enge Beziehung zweier Staaten geschaffen ist, wie sie in der ganzen Welt unter manchmal ebenso ungleichen Größenverhältnissen oft gesucht und kaum je gefunden ist. Wenn es weiter heißt, daß „der Übergang von der Plattform der Streitfragen und Prozesse zu dem Versuch, billige und gerechte Abkommen zu suchen, bereits jetzt günstige Ergebnisse erzielt hat und zweifellos auch in Zukunft erzielen wird." — so wird die Linie deutlich, die von den Danzig-polnischen Verträgen des letzten Jahres zu dem großen Wurf des „Berliner Vertrages" vom 26. Januar 1934 führt.

War es doch der Chef der Danziger Regierung, Präsident Dr. Rauschning, der unmittelbar nach dem Regierungsantritt den ersten Schritt zur direkten Verständigung mit Polen tat. „Das stetige System der Zusammenarbeit", von dem Minister Beck spricht, ist das klare Ziel dieser Politik. So wie hier an einem Teilproblem, so hat das deutsch-polnische Abkommen an einem umfangreichen, bisher für unlösbar gehaltenen Fragenkomplex gezeigt,

daß nur die unmittelbare Fühlungnahme starker Regierungen zu einer wirklichen Vereinigung führen kann.

Wenn man daher in Polen die Notwendigkeit einer Reform des Völkerbundes in Zusammenhang bringt mit der Forderung des Minderheitenschutzes, wie es Herr Beck in seiner Rede getan hat, so können wir zwar den Grundsatz „gleiches Recht für alle", der hier aufgestellt wird, als Fortschritt nur begrüßen; uns will jedoch scheinen, daß auch auf diesem Gebiet mit der Gegenseitigkeit von Völkern zweckmäßig zu beginnen sei, die eine so lange und fruchtbare Tradition der Zusammenarbeit aufzuweisen haben wie das polnische und das deutsche. Danzig hat bekanntlich mit einer großzügigen Erweiterung der Rechte der polnischen Minderheit und damit der grundlegenden Umwandlung des Minderheitenschutzes in ein Nationalitätenrecht seine Politik des Ausgleichs gegenüber Polen begonnen.

So kann der Gesamteindruck von der Rede des polnischen Außenministers in Danzig nur als sehr befriedigend bezeichnet werden.

Briefkasten der Redaktion.

O. F. Kabat. I. Es handelt sich um die Gesetze resp. Verordnungen über die Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten und insbesondere um die Bekämpfung des Kartoffelkrebses, über die der Landwirtschaftsminister am 3. August 1932 eine neue Verordnung erlassen hat. Diese Verordnung verpflichtet jeden, der Kartoffeln anbaut, zur sofortigen Anzeige, wenn er verdächtige Krankheitsanzeichen an Kartoffeln wahrnimmt, verbietet den Anbau von Kartoffeln auf Grundstücken, die von dem Krebs befallen resp. bedroht sind, und trifft noch eine Reihe anderer Anordnungen. Die Verordnung ist nach wie vor in Kraft. II. Reklamationen (d. h. Berufungen) kann man einlegen z. B. gegen Steuerveranlagungen und gegen andere behördliche Aufträge, durch die man sich beschwert fühlt, und bei denen solche Reklamationen zulässig sind. Solche Eingaben sind nicht durchweg stempelpflichtig.

L. K. 100. Eine solche Übertretung verjährt in einem Jahre, kann also nicht nach drei Jahren verfolgt werden. Im übrigen hat eine Übertretung überhaupt nicht stattgefunden, da Sie das Pferd noch am Tage des Verkaufs beim Gemeindevorsteher abgemeldet haben.

Rz. Zäune, die ein Besitzer an der Grenze seines Besitztums errichtet, dürfen dem Nachbar in dem Gebrauch seines Eigentums nicht hinderlich sein. Das ist ein Grundsatz des allgemeinen preußischen Landrechts (I. Teil 8. Titel § 150), der auch jetzt noch hier giltig ist. Wenn die Kühe Ihres Nachbars über den Zaun hinaus Ihr Getreide abfressen, so ist das eine arge Behinderung in dem Gebrauch Ihres Eigentums, und der Nachbar muß entweder den Zaun erhöhen oder mit ihm zurücktreten. Mit Hecken und Bäumen muß der Nachbar $1^1/_2$ Fuß von der Grenze fern bleiben. Wenn später die Wurzeln und Äste Sie behindern, können Sie sie beseitigen.

Maiglöckchen 5. 1. Nur unter den bezeichneten Umständen, die Sie aber aus nichtigen Gründen ablehnen, erhalten Sie den gewünschten Paß. 2. Ihr Vater hat wahrscheinlich die Frist für die Berufung an den Wojewoden versäumt, aber er kann ja immerhin den Versuch machen, das Versäumte nachzuholen. Das ist der einzige Weg; ob er Erfolg hat, können wir natürlich nicht sagen.

Nr. 20. W. Wir halten eine Beschwerde für begründet. Der Wert der Schenkung dürfte mit 5000 Złoty richtig angegeben sein, und nach diesem Wert wird die Schenkungssteuer bemessen, denn sie muß danach berechnet werden, um wieviel der Beschenkte durch die Schenkung bereichert worden ist. Warten Sie zunächst den Bescheid auf die Beschwerde ab, dann kann weiter darüber gesprochen werden.

M. S. 100. Wenn Ihre Verwandten nach Inowrocław ins Bad reisen wollen, wird man ihnen sicherlich die Einreise nicht verweigern.

Chiffre 22. 1934. Die fragliche Wohnung fällt, da sie erst 1925 fertiggestellt worden ist, nicht unter das Mieterschutzgesetz, eine freie Vereinbarung über die Miete ist deshalb zulässig.

G. W. Sosno. 1. Von den drei Nummern ist im vorigen Oktober keine gezogen worden. 2. Nur wenn die gezogenen Auslosungsrechte im Reichsschuldbuch eingetragen sind, sendet die Reichsschuldenverwaltung den Gewinnbetrag dem Berechtigten ohne dessen Zutun zu. In den anderen Fällen muß sich der Berechtigte selbst melden, am besten durch seine Vermittlungsstelle (Bank, Sparkasse usw.).

Fordon 101. 1. Ganz mathematisch richtig ist die Umrechnung zwar nicht, denn 100 deutsche Mark würden nach der Aufwertungsverordnung (0,81 = 1 Złoty) nicht 123 sondern 123,45 Złoty ergeben; aber die Berichtigung Ihrer Rechnung würde, wie aus den Zahlen ersichtlich, zu Ungunsten des Verpflichteten ausfallen; er würde für jede 100 Mark 45 Groschen zuzuzahlen haben. Der andere Einwand, nämlich der wegen der Verjährung, trifft leider zu, es sei denn, daß Sie dem Verpflichteten Stundung gewährt hatten. Durch die Stundung wird nämlich die Verjährung gehemmt, und der Zeitraum, während dessen die Hemmung dauert, wird in die Verjährungsfrist nicht eingerechnet. 2. Gefahr aus der Eintragung in Goldzłoty würde Ihrem Verwandten nur dann drohen, wenn der Kurs des Złoty zurückginge, sonst nicht. Denn der jetzige Papier- oder Umlaufszłoty ist zurzeit mit dem Goldzłoty identisch. Wenn also der Złoty seinen Stand behauptet, was wir hoffen wollen, so hat Ihr Verwandter nichts zu fürchten und nur den jetzigen Papierzłoty zu zahlen.

Mehr Fürsorge für die Arbeitslosen

fordert der Deutsche Klub im Sejm.

Bei der Beratung über den Etat des Ministeriums für soziale Fürsarge, die am 7. Februar im Sejmplenum stattgefunden hat, hielt der Abgeordnete **Jankowski** vom Deutschen Parlamentarischen Klub folgende Rede:

Hohes Haus!

Das **Budget** des **Ministeriums für soziale Fürsorge beträgt nur rund 3 Prozent der allgemeinen Staatsausgaben. Damit soll wohl nicht zum Ausdruck gebracht werden** die Bedeutungslosigkeit dieses Ministeriums gegenüber den Ministerien, welche bedeutend höhere Ausgaben notwendig machen. Für das Volksganze ist meiner Ansicht nach dieses Ministerium auf dem Gebiete des sozialen und wirtschaftlichen Lebens von überaus großer Bedeutung.

Es ist bedauerlich, daß in der Zeit der größten Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit das Budget des Ministeriums für soziale Fürsorge immer weiteren Einschränkungen unterliegt. Mit der Steigerung der allgemeinen Volksnot steigen auch die Verpflichtungen des Ministeriums. Normalerweise müßte deshalb mit dem Anwachsen der allgemeinen Not das Budget erhöht werden. Daß die Not ständig größer wird, steht wohl außer Zweifel, wenn auch in optimistischen Kreisen von einer Besserung gesprochen und geschrieben wird. Schon die Verhältnisse der noch in Arbeit und Stellung befindlichen Bevölkerung erfahren zusehends eine Verschlechterung. Die Arbeiterschutzgesetze werden nicht eingehalten. Mit Rücksicht auf den Niedergang der Wirtschaft werden von den Aufsichtsbehörden die Betriebe nicht in der notwendigen Weise kontrolliert und Beschwerden der Arbeitnehmerorganisationen nicht nachgegangen. Übermenschliche Leistungen werden von der Arbeiterschaft gefordert. Die Leistungssteigerung im Bergbau und anderen Betrieben ist nicht nur auf die technischen Verbesserungen innerhalb des Betriebes zurückzuführen. Die Furcht, den Arbeitsplatz zu verlieren, hetzt den Arbeiter und Angestellten zu diesen übernormalen Leistungen. Mit Recht muß man sich die Frage vorlegen, **wie lange noch dieser Raubbau an den unterernährten Arbeitern anhalten wird.**

Im Gegensatz zu den dauernd steigenden Einzelleistungen steht der Verdienst. Die Tariflöhne stehen heute nur meistens auf dem Papier und wo sie noch eingehalten werden, wird auf eine andere Art und Weise z. B. Versetzung in eine niedrigere Lohngruppe, Verschlechterung des Akkordlohnes eine Verminderung des Verdienstes herbeigeführt. Eine weitere Herabsetzung des Verdienstes erfolgt auch dann durch die vielen Feierschichten, denen ein großer Prozentsatz der Arbeiterschaft ausgesetzt ist. Diese letztere Erscheinung veranlaßt mich, die Anfrage an das Ministerium für soziale Fürsorge zu stellen, ob es nicht an der Zeit wäre,

eine andere Entlöhnungsform

einzuführen. Vielleicht in der Form, daß anstatt des Tarifstundenlohnes ein fester Wochenlohn unabhängig davon, wieviel Tage in der Woche gearbeitet wird, zur Einführung gelangt. Denn es kommt doch nicht darauf an, wie hoch der Stundenlohn ist, sondern die Lohnsumme, welche der Arbeiter am Schluß der Woche bezw. des Monats ausgezahlt erhält.

Mehr Fürsorge muß den Arbeitslosen zuteil werden oder was noch wichtiger ist, der Arbeitslosigkeit begegnet werden. Die bisher getroffenen Maßnahmen der Regierung haben in dieser Beziehung wenig Erfolge gezeitigt.

Die Arbeitslosigkeit hat eine nie gekannte Höhe erreicht.

Amtlich wird diese Ziffer mit 400 000 angegeben. Wesentliche Lichtblicke für eine Besserung sind nicht vorhanden. Die Industrie geht ständig zurück. Nehmen wir doch nur Oberschlesien als Beispiel. Dort ist die Zahl der Arbeitslosen amtlich mit 100 000 beziffert. In Wirklichkeit ist sie noch höher. Die Arbeitslosenziffer rekrutiert sich hauptsächlich aus der Arbeiterschaft der Großindustrie. Waren doch im Jahre 1923 im Oberschlesischen Bergbau allein 160 000 Bergarbeiter voll beschäftigt. Jetzt sind nur 45 000 Bergarbeiter angelegt, d. h. ein Teil davon ist in Turnusurlaub und ein Teil arbeitet mit sehr reichlichen Feierschichten. Und das in der Zeit einer Konjunktur! Im Frühjahr ist mit weiteren Entlassungen zu rechnen. Wer die Kohlenwirtschaft und deren Entwicklung in den letzten Jahren eingehend verfolgt, kommt zu dem Endresultat, daß der oberschlesische Kohlenbergbau auf eine Belegschaftsziffer von 25 bis 30 000 herabgesetzt wird. Eine ähnliche Entwicklung macht auch die Eisenindustrie durch. Das sind Tatsachen, mit denen wir uns abfinden müssen. Was soll nun aber mit den arbeitslosen Menschen geschehen? Eine ausreichende Fürsorge besteht zur Zeit nicht. Es ist furchbar zu hören, welchen Leiden und Entbehrungen diese Arbeitslosen ausgesetzt sind. In den ländlichen Orten ist die Not um ein Vielfaches größer, weil dort nach dem Ausscheiden aus der staatlichen Arbeitslosenfürsorge der Arbeitslose fast

gar keine Barunterstützung

erhält. Die Landgemeinden sind dazu einfach nicht in der Lage.

In Oberschlesien muß das Arbeitslosenproblem mit besonderem Ernst angepackt werden. **Sonst kommen wir soweit, daß die wohlhabendste und reichste Wojewodschaft zu einer der ärmsten und bedürftigsten wird.** Ein besonderes Problem ist die Betreuung der jungen Arbeitslosen. Im Bericht des Referenten ist der Betreuung dieser arbeitslosen Jugend ein großer Raum gewidmet. Dort werden Mittel angeführt, der Jugend zu helfen, sie einer positiven Arbeit zuzuführen. Der freiwillige Arbeitsdienst wird als ein solches Mittel angesehen. Dagegen ist von unserer Seite nichts einzuwenden. Es darf allerdings dadurch kein Lohndruck und keine unlautere Konkurrenz für die noch in Arbeit Stehenden erfolgen.

Von der deutschen Minderheit ist schon im vergangenen Jahre versucht worden, freiwillige Arbeitsdienstlager für die Jugend der deutschen Minderheit in Oberschlesien, Posen und Pommerellen zu errichten. Dort wo diese schon bestanden haben, sind sie von den Behörden aufgelöst. Zur Errichtung von neuen Lagern ist die Genehmigung versagt. Dieses Vorgehen der unteren Behörden steht doch eigentlich im Widerspruch mit den getroffenen Maßnahmen des Ministeriums für soziale Fürsorge betr. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und besonderer Betreuung der jungen Arbeitslosen. In dieser Beziehung erwarten wir vom Herrn Minister das weitgehendste willigen Arbeitsdienstlagern innerhalb der deutschen Min- Entgegenkommen. Denn auch die Errichtung von Freiwillen Arbeitsdienstlagern innerhalb der deutschen Minderheit entlastet den Arbeitsmarkt, schützt die jungen Menschen vor sittlichen Gefahren und läßt sie den Wert der Arbeit kennen und achten. Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der allgemeinen Not sollten wirklich alle nationalen Gegensätze beiseite gestellt werden. Gerechtigkeit müssen wir gerade auf diesem Gebiet üben.

Aber wir begegnen auf Schritt und Tritt der Tatsache,

daß die wirtschaftliche Not zu nationalen und politischen Zwecken mißbraucht wird.

Es geht nicht an, daß eine Behörde, wie der Demobilmachungskommissar auf Grund der bestehenden Verfügungen die Wiedereinstellung von Arbeitern anordnet und die Arbeitsvermittlungsämter die Ausstellung des Anlegescheines verweigern, wie es in Rybnik und Paruschowitz der Fall ist, und lediglich deshalb,

weil es sich um Arbeiter handelt, welche der deutschen Minderheit angehören.

Oder wie es in Friedenshütte dieser Tage passiert ist, daß das Arbeitsvermittlungsamt den deutschen Arbeitern wohl den Anlegeschein ausstellt, aber auf Anordnung der Starostei und der Bergbehörde derselbe dem Arbeiter wieder entzogen wird. Meiner Ansicht nach gehört dieses nicht zum Aufgabengebiet der angeführten Behörden. Solches Vorgehen erstickt das Gerechtigkeitsgefühl und ist nicht geeignet, die Arbeiter zu guten Staatsbürgern zu erziehen. Wir haben dem Herrn Minister für soziale Fürsorge vor drei Monaten eine Beschwerdeschrift überreicht und in ihr Tatsachen angeführt über die Zurücksetzung und Entlassung von Arbeitern, weil sie nicht bestimmten Organisationen angehörten. Leider ist bisher eine Untersuchung und Erledigung der Beschwerde nicht erfolgt.

Jetzt noch einige Worte über

das soziale Versicherungswesen.

Im vergangenen Jahre haben wir ein einheitliches Sozialversicherungsgesetz geschaffen, welches ohne Zweifel manche Verbesserungen mit sich brachte, allerdings auch einige Verschlechterungen gegenüber den bis dahin bestandenen. Allgemein wird als eine Erschwerung der Wirtschaft die Erhöhung der sozialen Beiträge empfunden. Es ist zu bezweifeln, ob dieses Gesetz den erwarteten Hoffnungen gerecht wird. Meiner Ansicht nach ist das Inkrafttreten des neuen Versicherungsgesetzes zu frühzeitig erfolgt. Wir erleben doch heute die Abkehr vom bisherigen liberalen Wirtschaftssystem und diese Abkehr wird zur Folge haben eine vollständige Neuordnung der gesamten sozialen Gesetzgebung.

Was heute nottut, ist die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der bestehenden Invaliden- und knappschaftlichen Versicherung. Große Schwierigkeiten bestehen in dieser Beziehung in der Tarnowitzer Knappschaftskasse und der Invalidenversicherung in Königshütte. Die Tarnowitzer Knappschaftskasse ist auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse im Bergbau nicht in der Lage, den Verpflichtungen gegenüber den Versicherten nachzukommen. Es ist eine Herabsetzung der Leistungen und eine Erhöhung der Beiträge geplant. Beides ist unter den heutigen Verhältnissen nicht gangbar. Die Renten sind schon wiederholt gekürzt worden und haben eine Stufe des kaum Erträglichen erreicht. Eine weitere Verminderung der Leistungen ist einfach für die Rentner untragbar. Aber auch eine Erhöhung der Beiträge zur Knappschaftskasse wird wirtschaftliche Schäden mit sich bringen, sowohl für den Arbeitnehmer, wie Arbeitgeber. Der Staat muß in irgendeiner Form der Knappschaftskasse zu Hilfe kommen, um derselben über die schwierige Situation hinwegzuhelfen. Der Staat ist dazu verpflichtet.

Der Invalidenversicherung in Königshütte schuldet der Staat an Rentenmark-Zuschlägen auf Grund der Reichsversicherung weit über 4 Millionen. Nach Rückerstattung dieser Summe ist die Invalidenversicherung wieder in der Lage, ihren Verpflichtungen nachzukommen, ohne einen Abbau der Leistungen vorzunehmen.

Der oberschlesische Arbeiter erwartet vom Ministerium für soziale Fürsorge das weitgehendste Verständnis für seine soziale Lage.

Gute Zensur für die polnische Außenpolitik.

Keine Gefahr für die Genfer Konvention.

Am 7. d. M. fand unter dem Vorsitz des Senators Z. Lubomirski eine Sitzung der Außenkommission des Senats statt, in welcher eine Aussprache über das Exposé des Außenministers durchgeführt wurde. Von ihrem Verlauf dürfte der Außenminister vollauf befriedigt sein. Als erster sprach der Redner des Regierungsklubs, Senator **Dr. Löwenherz.**

Im Namen des „Nationalen Klubs" sprach darauf **Senator Kozicki**, der erstaunlicherweise (für jeden, der das Staunen in politischen Dingen noch nicht aufgegeben hat!) alle Maßnahmen der Regierung in der Außenpolitik vollständig billigte. Über das Zehnjahres-Abkommen äußerte sich Kozicki wie folgt:

„Als Hitler in Deutschland zur Macht gelangt war, haben Leute unseres Lagers die Überzeugung ausgedrückt, daß dadurch Deutschland zu einer weniger kriegerischen Haltung genötigt sein werde; die Wirklichkeit hat diese Überzeugung bestätigt.

Das nationalsozialistische Deutschland macht eine Wandlung durch, die hinsichtlich der Intensität mit der sozialen und wirtschaftlichen Umwandlung Rußlands verglichen werden kann.

Deutschland muß **seinen ganzen Produktionsapparat liquidieren** und gleichzeitig den breiten Schichten seiner Nation Arbeit und Brot geben. Dadurch ist es genötigt, **seine auswärtigen Pläne und Absichten aufzuschieben.** Wir kennen zu gut die Geschichte Deutschlands und die Geschichte des polnisch-deutschen Zusammenlebens, als daß wir glauben könnten,

daß Deutschland seine traditionelle politische Linie aufzugeben vermöchte.

Wir hegen jedoch **die Überzeugung, daß es für die nächste Zeit die Wahrung des Friedens ehrlich wünscht.**

„In der Hierarchie seiner Ziele stellt das heutige Deutschland auf den ersten Plan **die Vereinigung der von deutscher Bevölkerung bewohnten Gebiete.** Das erklärt seine Politik hinsichtlich **Österreichs** und **Danzigs.** Ich werde mich nicht in Gedanken darüber vertiefen, ob und wann

die Angliederung Österreichs an Deutschland

erfolgen werde, doch dies ist für mich klar, **daß Polen** zusammen mit den westlichen Staaten und der Kleinen Entente **sich diesen Bestrebungen entgegenstellen müsse.** Denn der Anschluß Österreichs an Deutschland würde dieses mit 7 Millionen Einwohnern, mit einem bedeutenden Gebiete verstärken und ihm eine günstige geographische Lage geben. **Während der Pariser Konferenz hatten sich die Vertreter Polens für die Angliederung Österreichs an Deutschland ausgesprochen, doch gleichzeitig verlangt, daß Danzig und Ostpreußen zum polnischen politischen Gebiete gehören sollen."** Was **Danzig** betrifft — sagte der Redner — muß man zwar alles tun, was zu seiner wirtschaftlichen Bindung an Polen nötig ist, doch zugleich darauf achten, daß dort nichts geschehe, was die erwähnten Bestrebungen der deutschen Politik erleichtern würde."

Die Annäherung zwischen Polen und Rußland, so sagte er, ist ein Ereignis von großer Tragweite. Die Folgen dieser Tatsache gehen in ihrer Bedeutung über die Nachbarverhältnisse hinaus. Seinerzeit erschienen nach dem Abschluß des Abkommens vereinzelte Stimmen, in denen man sich darüber den Kopf zerbrach, ob und gegen wen sich diese Annäherung richte. Schon diese Fragestellung allein zeugte davon, daß man die Politik Polens nicht versteht. Diese Politik, die eine durchaus friedliche ist, richtet sich gegen niemand, sie wird positiv geführt unter dem Gesichtspunkt der Interessen Polens.

Der Minister erwähnte in seiner Rede mit der gleichen Lapidarität ein weiteres Ereignis, d. h. den

Nichtangriffspakt mit Deutschland.

Die ganze polnische Volksgemeinschaft ist sich klar über die Bedeutung dieses Aktes für Polen. Wenn vereinzelte Stimmen sie anzweifeln, so tun sie das aus Gründen, die mit der Außenpolitik des Staates nichts gemein haben. Ist es doch offenbar, daß dieser Pakt ein wichtiges Friedensdokument ist und in der ganzen Welt, ja sogar in Deutschland selbst die gefährliche Legende Lügen straft, **als ob die zwischen den beiden Staaten bestehende Grenze in der nächsten Zeit den fürchterlichsten Krieg entfesseln müsse.** Er stellt augenscheinlich fest, **daß trotz des Bestehens dieser Grenze die beiden Staaten nebeneinander leben und sich in guten nachbarlichen Beziehungen entwickeln können.** Er beseitigt die panische Atmosphäre, stärkt das Vertrauen der Welt zu Polen, schafft eine normale Gestaltung und Stabilisierung des gegenwärtigen Standes, bewirkt eine gründliche Umgestaltung der psychischen Einstellung, bereinigt die Atmosphäre und schafft Bedingungen eines friedlichen Lebens.

Wenige Opponenten befürchten jedoch, daß dieser Pakt eine Lockerung der guten Beziehungen mit den Bundesgenossen und Freunden Polens, d. h. mit Frankreich, den Staaten der Kleinen Entente und Rußland zur Folge haben könnte. Dieser Vorwurf stützt sich auf vollkommen irrige Voraussetzungen. Die erste beruht auf der Tatsache, daß man die bestehenden Bündnisse nicht gehörig einschätzt. Alle Staaten, die mit Polen befreundet sind oder ein Bündnis mit ihm haben, lassen sich von dem Bestreben leiten, den Frieden zu festigen. Der Nichtangriffspakt mit dem Deutschen Reich ist ein positiver Schritt im Geiste dieses Strebens. Über die Verhandlungen Polens waren die Bundesstaaten loyal informiert, und diese haben sich wohlwollend hierzu, sowie zu den Ergebnissen der Verhandlungen ausgesprochen. Und wenn Polen, indem es den Pakt abschloß, im Geiste der gemeinsamen Bestrebungen und im Sinne seiner Traktate gehandelt hat, so kann es ihm gleichgültig sein, wenn in einer oder der anderen im Augenblick der Verhandlungen nicht gehörig informierten Auslandsgruppe, die für unseren Staat nicht maßgebend ist, irgend welche Zweifel aufkommen können. Das Bündnis Polens mit Frankreich stützt sich auf gegenseitige tiefe Freundschaftsgefühle und auf das gemeinsame Interesse an dem Streben zur Festigung des Friedens. Das Interesse Polens und Frankreichs ist auf allen Gebieten dasselbe. Mit Rumänien und den anderen der Kleinen Entente angehörenden Staaten unterhält Polen die besten Beziehungen, die eine der wichtigen Säulen der friedlichen Gestaltung der Verhältnisse und der Kraft bilden. Es kann keine Rede davon sein, daß der Abschluß eines Friedenspaktes sie schwächen könnte, im Gegenteil sie werden dadurch gestärkt.

Dank den großen Erfolgen seiner Außenpolitik kann Polen in der Atmosphäre und den Bedingungen schöpferisch arbeiten, die ein wichtiges Element der inneren Entwicklung bilden.

Einwände gegen das Zehnjahres-Abkommen mit Deutschland erhoben die Redner der PPS., des Polnischen Volksklubs und schließlich auch der Christlichen Demokratie. Die Senatorin Kluszyńska (PPS) meinte, das deutsch-polnische Abkommen sei ein unaufrichtiger Pakt, da Hitler darin ein Mittel erblicke, zu einer weiteren räuberischen Aktion vorübergehend Ruhe zu erlangen. Senator Woźnicki (Volksklub) hob hervor, daß einige Bestimmungen des Paktes mit Deutschland Zweifel aufkommen ließen, u. a. die Bestimmung, die die Pflicht enthält, daß sich die Kontrahenten in allen politischen Fragen verständigen. Was Deutschland unter dieser Bestimmung verberge, könne man sich leicht denken. Zweifellos handle es sich hier vor allem um unsere Westgrenzen. Diese Frage werde Deutschland sicher aufrollen, wenn die Gestaltung der internationalen Verhältnisse und seine militärische Kraft ihm dies gestatte. Wir freuen uns, so meint zum Schluß der Redner, über jeden Akt, der den Frieden garantieren kann, man sollte jedoch wünschen, daß die Verständigung mit Deutschland unser Volk nicht einschläfere und in ihm nicht die Überzeugung festige, daß wir von dort keine Gefahr zu befürchten haben.

Frieden nicht nur zwischen zwei Staaten, sondern auch zwischen zwei Völkern.

Als nächster Redner sprach **Senator Pant.** Er führte etwa folgendes aus: Als deutsche Minderheit in Polen können wir unserer vollen Genugtuung Ausdruck geben über das Zustandekommen des Nichtangriffspaktes zwischen Polen und Deutschland. Denn wir hoffen, daß dieser Schritt nicht nur zur Beseitigung des Mißtrauens, welches alte und neue Geschichte zwischen den beiden Ländern geschaffen hat, und damit zur Festigung des Friedens in Europa beitragen, sondern auch vor allem in den wirtschaftlichen Beziehungen eine Entspannung herbeiführen wird. Dies wäre um so mehr zu begrüßen, als man annehmen kann, daß dadurch unser Wirtschaftsleben eine Belebung erfahren wird, die zur Schaffung neuer Arbeitsstätten, zur Hebung des Warenumsatzes und zur Linderung der herrschenden Not beitragen könnte. Denn darüber sind sich alle im klaren, daß die zwischen den einzelnen Staaten bestehenden Differenzen und das sich daraus ergebende Mißtrauen zur Verschärfung der Wirtschaftskrise geführt hat, unter der vor allem die breiten Schichten der Bevölkerung zu leiden haben.

Es wäre im Interesse dieser notleidenden Menschen, wenn dem Nichtangriffspakt ein polnisch-deutsches Wirtschaftsabkommen folgen würde. Dadurch könnte der Wert dieses diplomatischen Dokumentes auch dem einfachen Bürger zum Bewußtsein gebracht werden.

Der Nichtangriffspakt ist ein Abkommen zwischen zwei Staaten, das zu dem Zwecke geschlossen wurde, um den Frieden auf die Dauer von 10 Jahren — wir hoffen es auf längere Zeit — zu sichern. Dies wird aber nur dann der Fall sein, wenn dieser Pakt den Frieden nicht nur zwischen zwei Staaten, sondern auch zwischen zwei Völkern in die Wege leitet.

Auf der Grundlage des sittlichen Rechts kann auch

das Minderheitenproblem

einer gerechten Lösung zugeführt werden. Der Herr Minister hat keine Andeutungen gemacht, ob der mit Deutschland abgeschlossene Pakt einen Einfluß auf die Gestaltung der Lage der deutschen Minderheit in Polen haben werde. In seinem Exposé begründet er u. a. den Standpunkt Polens auf der letzten Herbsttagung des Völkerbundes zu dem Antrag auf Verallgemeinerung des Minderheitenschutzvertrages und erklärte, daß die aus diesem Vertrag sich ergebenden Verpflichtungen entweder auf alle Staaten ausgedehnt werden müssen oder es müßten die gegenwärtigen Systeme einer Revision unterzogen werden, weil ihnen infolge der Beschränkung der Verträge nur auf einzelne Staaten die moralische Grundlage fehle. Als eine Minderheit können wir diesem Standpunkt volles Verständnis entgegenbringen. Wenn das Minderheitenrecht als ein Teil des sittlichen Rechtes angesehen und anerkannt wird, dann ist es selbstverständlich, daß dieses Recht alle Staaten binden müsse. Ob aber gegenwärtig eine internationale Regelung des Minderheitenrechtes auf dieser Grundlage möglich ist, kann ich nicht beurteilen.

So erstrebenswert an und für sich dieses Ziel ist, so gibt es noch einen zweiten Weg zur Regelung der Minderheitenfrage, und zwar den,

daß der Staat freiwillig die aus dem sittlichen Recht sich ergebenden Bindungen auf sich nimmt und den Minderheiten das gibt, was ihnen nach diesem Recht gebührt.

Was hilft es übrigens den Minderheiten, wenn sittliche Grundsätze international festgelegt aber praktisch nicht durchgeführt werden? Es wäre im Interesse der Minderheiten und des Staates, wenn es gelingen sollte, zu einem beiderseitigen Einvernehmen auf Grundlage der Anerkennung des Staat und Minderheit verpflichtenden Sittengesetzes zu gelangen.

Zum Schluß gestatte ich mir an Herrn Minister eine Anfrage: Da in der letzten Zeit in einigen auch der Regierung nahestehenden Organen der Standpunkt vertreten wurde, daß durch den Nichtangriffspakt zwischen Polen und Deutschland das zwischen beiden Staaten geschlossene Genfer Abkommen hinfällig geworden sei, bitte ich den Herrn Minister, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Außenminister Beck erwiderte darauf, daß das ausdrückliche Merkmal des abgeschlossenen Abkommens die Achtung aller bestehenden Verpflichtungen sei; zu ähnlichen Befürchtungen sei kein Anlaß vorhanden.

Senator **Korfanty**, der Vorsitzende des Klubs der Christlichen Demokratie, vertrat den Standpunkt, daß Deutschland zweifellos ein Interesse an dem Abschluß des Nichtangriffspaktes gefunden haben müsse. „Uns verpflichtet", so fuhr er fort, „das **Bündnis mit Frankreich.** Uns verpflichtet das politische System nach Versailles, und gerade darin lag das Interesse Deutschlands, um die Bande, die uns mit Frankreich verbinden, zu sprengen und das politische System nach Versailles zu untergraben. Dank dem Abschluß des Nichtangriffspaktes mit Polen hat sich Hitler aus einer sehr schwierigen Lage befreit, da Deutschland sich selbst überlassen war und wir als erste ihm geholfen haben, aus dieser Isolierung herauszukommen. Dadurch haben wir ihm einen guten Dienst geleistet."

Weiter wies der Redner darauf hin, die deutsche Presse unterstreiche durchaus offen, daß Deutschland weder in der Danziger Frage noch in der Frage Pommerellens auch nicht für einen Groschen von seinen Forderungen zurückgetreten sei, und meinte, daß der Nichtangriffspakt eine Sicherung unserer Westgrenze nicht bedeute. Hitler setze seinen Plan allmählich in die Tat um. Die erste Etappe sei Österreich, die nächste werde vielleicht Pommerellen sein. Mit Deutschland müsse man zwar höflich, aber entschieden vorgehen.

Nachdem noch Senator **Rostworowski** gesprochen hatte, stellte der Vorsitzende fest, daß in den durch die Redner zum Ausdruck gebrachten Ansichten lediglich Meinungsverschiedenheiten über die größere oder geringere Bedeutung der abgeschlossenen Pakte vorgebracht worden seien. Gegen ihren Inhalt und gegen die politische Richtung des Außenministeriums habe niemand gesprochen. Mit dieser Feststellung wurde die Sitzung, bei der auch Minister Beck zugegen war, geschlossen.

Außenpolitische Debatte im Sejm.

In der Dienstagsitzung des Sejm ergriff bei der Aussprache über den Etat des Außenministeriums als erster der bekannte Abgeordnete Stanisław **Stroński** von der Nationalen Partei das Wort. Er sprach über die deutsch-polnischen Beziehungen und das abgeschlossene Zehnjahres-Abkommen und gab der Überzeugung Ausdruck, daß dieses vom politischen Gesichtspunkt aus wichtig sei. Das Abkommen stehe auch weiterhin auf dem rechtlichen Boden des Locarno- und des Kelloggpaktes. Die Erklärung des Kanzlers Hitler, daß er im Laufe von zehn Jahren nicht zur Gewalt Zuflucht nehmen werde, habe eine große Bedeutung. Bis jetzt, so hob der Redner hervor, hat man in Deutschland gepredigt, daß die polnische Grenze eine blutige Grenze sei, und deswegen seien die Worte des Reichskanzlers in politischer Hinsicht zweifellos sehr wichtig. Herr Stroński wies im Zusammenhange damit darauf hin, daß die Voraussetzungen, von denen sich der Kanzler bei dem Abschluß des Abkommens habe leiten lassen, andere seien als die Ziele, die der polnischen Außenpolitik voranleuchten müßten. Reichskanzler Hitler verfolge zweifellos das Ziel, mit dem Versailler Traktat zu brechen. Das von Hitler abgeschlossene Abkommen sei nach Ansicht des Redners ein Teil einer großen politischen diplomatischen Operation. Und aus diesem Grunde müßte Polen diesen Fragen gegenüber die größte Vorsicht walten lassen.

Weiter ging Abgeordneter Stroński auf die Danziger Frage ein. Er gab seiner Befriedigung über die friedliche Gestaltung der Beziehungen Danzigs mit der Republik Polen Ausdruck, wies aber auf gewisse Verschiebungen in den politischen Begriffen hin, die in Danzig zu beobachten seien. Polen könne nicht zulassen, daß sich Danzig als ein Teil des Dritten Reiches betrachte und nur auf den Augenblick der Vereinigung mit Deutschland warte. Die direkte Verständigung zwischen Polen und Danzig dürfe eine Änderung der Einstellung Danzigs zum Völkerbunde, der auch weiterhin sein Vormund sei, nicht nach sich ziehen.

Zum Schluß gab Herr Stroński seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Regierung so viel Arbeit in das Gebiet der Besserung der Beziehungen mit der Sowjet-Union hineingelegt habe und stellte fest, daß das gegenwärtige Abkommen mit Deutschland nicht gegen Frankreich und Rumänien, sowie gegen die Kleine Entente und Sowjetrußland ausgespielt werden könne.

Abgeordneter **Czapiński** (PPS.) gab, auf das Exposé des Außenministers Beck übergehend, der Überzeugung Ausdruck, daß die Änderung der Beziehungen Polens zu Sowjetrußland erwünscht sei und sich aus der neuen Orientierung der Sowjets ergeben habe. Vorbedingung einer positiven Wendung der guten Beziehungen mit Rußland sei es, daß die Polnische Regierung nichts unternehme, was Zweifel an der Aufrichtigkeit der polnischen Intentionen wecken könnte. Was das Zehnjahres-Abkommen mit Deutschland anbelangt, so ist der Redner über den Wert dieses Paktes anderer Meinung wie Minister Beck, die Regierungspartei und Herr Stroński. Herr Czapiński hält den Schritt Deutschlands nach dieser Richtung hin für unaufrichtig. Deutschland wolle durch den Pakt nur Bewegungsfreiheit auf einem anderen Gebiet erlangen. Nach Ansicht des Redners habe Deutschland an dem Abschluß mehr gewonnen als Polen.

Kleine Rundschau.

Das Massengrab von Ossegg erkaltet.

Das schaurige Massengrab von 140 Bergarbeitern, unter ihnen 74 Deutschstämmigen, der Nelsonschacht in Ossegg, wurde bekanntlich einige Tage nach der Katastrophe zugemauert. An Rettung für die Eingeschlossenen war nicht mehr zu denken, und das Feuer im Innern der Grube drohte auf andere Schächte überzugreifen. Durch Löcher in den Schachtdeckeln wurde täglich die Temperatur im Innern des brennenden Bergwerks gemessen, und ebenfalls täglich wurden dem Schacht Luftproben entnommen, um festzustellen, welche Gase und wieviel Sauerstoff noch in dem vermauerten Massengrab vorhanden waren.

Die Prüfungen haben jetzt — dem „Völkischen Beobachter" zufolge — ergeben, daß der Grubenbrand nach dreiwöchigem Wüten anscheinend erloschen ist. Die letzten Messungen haben beständig eine Schachttemperatur von 24 Grad Celsius gezeigt, was der Normaltemperatur des Bergwerks entspricht. Man will jedoch die Grube noch bis nächste Woche verschlossen liegen lassen, um ganz sicher zu sein, daß der Brand vollkommen erstickt ist. Bei vorzeitiger Öffnung müßte man befürchten, daß die Feuersbrunst plötzlich wieder aufflammt. Die ganze Welt wartet mit größter Spannung auf den Befund, den die erste Einfahrt ergeben wird. In Fachkreisen herrscht die Ansicht vor, daß von einer eigentlichen Bergung der meisten Opfer nicht mehr gesprochen werden kann, da die Verunglückten aller Wahrscheinlichkeit nach wie in einem Krematorium verbrannt sein werden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die polnisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen ins Stocken geraten?

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Das „ABC"-Blatt vom 8. d. M. bringt folgende Mitteilung, für deren Richtigkeit wir keine Verantwortung übernehmen. Das Blatt schreibt:

„Trotz der offiziellen Communiqués, die den Verlauf der wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland optimistisch darstellen, schreiten die seit drei Monaten in Warschau geführten Besprechungen sehr schläfrig vor. Die Finalisierung der Verhandlungen wird in den nächsten Wochen nicht erfolgen, so daß **das Zollprovisorium bis zum 1. März verlängert werden wird.**"

Polnische Holzmärkte.

Aus verschiedenen Teilen des Landes sind Nachrichten über eine weitere Befestigung der Preise für Schnittmaterial eingelaufen. Bei den Lagerhaltern werden Preiserhöhungen bis zu 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr notiert. Die Aussichten für die Holzproduktion im laufenden Jahr gestalten sich nach Ansicht maßgeblicher Holzkreise im allgemeinen ziemlich günstig. Es wird mit der Möglichkeit gerechnet, Angebot und Nachfrage auch im Auslandsgeschäft im Gleichgewicht zu erhalten und dadurch eine Rückkehr normaler Verhältnisse auf dem Inlandsmarkt zu erreichen. Nachstehend Sonderberichte aus einzelnen Holzwirtschaftszentren des Landes.

Pinsk.

Die Einschlagsaison am Pinsker Holzmarkt ist bereits in vollem Betrieb. In der Erwartung baldigen Tauwetters ist man bemüht, den Holzeinschlag so schnell wie möglich aus den Wäldern herauszufahren. Alle Wege nach den Sägewerken und Holzbearbeitungsfabriken sind mit Holzfuhrwerken belegt.

Insbesondere bemüht man sich, so viel wie möglich Erlen- und Kiefernholz zu schlagen, da diese Sortimente am meisten gesucht werden und demzufolge bessere Preise erzielen. Die Gewinnung von Kiefernholz in größerem Umfange führt die Waldgesellschaft „Obrowo" durch. Die Eigentümer dieser Firma, Kieler Holzkaufleute, kauften von dem Gute „Obrowo" ein großes Waldobjekt von 600 Hektar mit 90 Prozent Kiefernbestand. Für diesen Wald, der auf 20—25 000 Festmeter Nutzholz geschätzt wird, hat die Firma 215 000 Złoty bezahlt. Die Entfernung des Waldobjektes von Pinsk betägt 20 Kilometer. Das gesamte Material soll nach Pinsk zum Einschnitt befördert werden. Die Firma „Obrowo" hat für die Dauer von zwei Jahren zu diesem Zweck das vor längerer Zeit stillgelegte Sägewerk der Firma „Lasgo" gepachtet. Größere Exploitationsarbeiten werden auch in Kletno durchgeführt. Von dem Waldgut des Gutsbesitzers Dombrowski in der Gemeinde Porzecze, etwa 50 Kilometer von Pinsk entfernt, erwarb die Holzfirma Kanarek aus Plock 2000 Kiefernstämme zum Preise von 20 000 Złoty. Die Partie wird auf 1500 Festmeter geschätzt. Der Einschnitt des gesamten Materials soll ebenfalls auf einem Pinsker Sägewerk erfolgen.

Warschau.

In der letzten Woche wurden am Warschauer Holzmarkt nur wenig Transaktionen, hauptsächlich in Exportschnittware, getätigt, die nach Danzig ging. Das Interesse für Kiefernplanken hat nachgelassen, doch wird allgemein angenommen, daß es sich nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt.

Von größeren Transaktionen wäre der Verkauf eines Waldobjektes von etwa 2000 Hektar Wald bei der Station Czartorysk durch die Gutsverwaltung Bielsko-Wola an eine Firma Alexander Piekarski zu erwähnen. Dieses Objekt setzt sich hauptsächlich aus Kiefernstämmen zusammen. In geringerem Umfange sind auch Erlen und Fichten vorhanden. Die Rodung des Waldes ist im Verlauf von sieben Jahren vorgesehen. Der Einschnitt erfolgt im Sägewerk Zieleniec. Die Firma Alexander Piekarski soll, wie die Zeitschrift „Drzewo" erfährt, bereits mit der Exploitierung begonnen haben.

Steigerung der polnischen Holzausfuhr.

Im Jahre 1933 ist die Ausfuhr von Holz aus Polen im Vergleich zum Vorjahre dem Werte nach von 119,8 Mill. Złoty auf 154,5 Mill. Złoty d. i. um 28,9 Prozent gestiegen. Davon entfallen auf unbearbeitetes Holz 24,8 Mill. Złoty (1932: 19,3 Mill. Złoty), auf bearbeitetes Holz 103,3 Mill. Złoty (77,3 Mill. Złoty) und auf Erzeugnisse der Holzindustrie 26,3 Mill. Złoty (23,2 Mill. Złoty). Die Steigerung der Ausfuhr ist vor allem darauf zurückzuführen, daß im vergangenen Jahre England durch die Einführung eines Embargo auf sowjetrussisches Holz mehr polnisches, darunter auch bearbeitetes, Holz aufnahm, als im Vorjahre und Deutschland mehr unbearbeitetes Holz kaufte, während die Einfuhr von bearbeitetem Holz verboten war. Auch Papierholz hat Deutschland fast zweimal soviel aufgenommen als im Jahre 1932.

Der Danziger Holzmarkt.

Am Markt für Weichholz hält die sinkende Tendenz weiter an. Kiefernplanken selbst besserer (Wilnaer) Qualität werden zum Preise von 50 Złoty je Festmeter franko Waggon Danzig offeriert. Doch findet die Ware bei diesem Preise fast keine Abnehmer. Bei kleineren Geschäften, die zu diesem Preis abgeschlossen werden, handelt es sich ausschließlich um Abschlüsse mit sofortiger Lieferung. Von größeren Firmen, welche gute Handelsbeziehungen nach England unterhalten, verlautet, daß der Preis in dieser Saison ungefähr auf 46 bis 47 Złoty sinken dürfte.

Am Sleepermarkt ist das Geschäft schwach. Für Kiefernschwellen zu Exportzwecken fehlt die Nachfrage. Unbedeutend ist auch die Nachfrage nach Telegraphenstangen. Auch der Bedarf an polnischem Grubenholz für Exportzwecke ist geringfügig, da die niedrigeren Preise den Abschluß von nennenswerten Geschäften ausschließen.

Am Markt für Hartholz herrscht Ruhe. Die Auslandsnachfrage nach Rundeiche ist ungewöhnlich gering. Die belgischen Abnehmer zeigen zwar Interesse, jedoch zu den vorjährigen Preisen, so daß Abnahmen nur sporadisch zustande kommen. Aus Holland laufen Anfragen nur auf kleinere Eichenpartien ein; es wird vorwiegend stärkere Ware gesucht. Verringert haben sich die Nachfrage und die Preise für dünnes Eichenholz nach Portugal.

In Eichenblockware fehlt jede größere Umsatztätigkeit. Die Preise sind gegenüber der Vorwoche unverändert geblieben. Die Bemühungen der Exporteure, die Preise für Blockware etwas heraufzusetzen, blieben erfolglos. In Cilloak ist die Tendenz abwartend. In den letzten beiden Wochen fielen die Preise um 4—5 Złoty je Festmeter. Eine etwas sinkende Tendenz kann man auch für lose Eichenware feststellen. Im Friesengeschäft herrscht Stillstand. Abschlüsse in Eichenschwellen erreichen keine größeren Ausmaße. Kleinere Partien wurden von den Firmen Danziger Holzkontor und Danziger Sleeperkontor gekauft. Für Ware mit Lieferung nach Danzig im Januar auf Konto der Abwicklung vorjähriger Kontrakte wurden von einigen Danziger Firmen etwas höhere Preise gezahlt. Größere Nachfrage herrscht nach Buchenmaterial. In den letzten Wochen sind in Danzig größere Mengen Buchenholz neuer Produktion eingetroffen. EWD.

Firmennachrichten.

v. Dirschau (Tczew). Zahlungsaufschub hat Kaufmann Edmund Witosławski in Dirschau, Stary Rynek 3—4, beantragt. Beratungstermin am 8. März 1934, 10 Uhr, im Burggericht, Zimmer 15.

v. Berent (Kościerzyna). Zwangsversteigerung des in Berent, ul. Wilsona 35, belegenen und im Grundbuch Lipusz, Band 3, Blatt 58 und 70, auf den Namen des Józef Sartowski eingetragenen Grundstücks von 8,68,21 Hektar (mit Gebäuden und lebendem Inventar) am 23. März 1934, 10 Uhr, im Burggericht.

v. Schwetz (Świecie). Zwangsversteigerung des in Sucha belegenen und im Grundbuch Sucha, Blatt 35, auf den Namen des Hugo Lietz, früher wohnhaft in Sucha, eingetragenen ländlichen Grundstücks von 26,67,57 Hektar (mit Gebäuden) am 26. März 1934, 11 Uhr, im Burggericht, Zimmer 5.

Die amerikanische Arbeitsschlacht.

Die bisherigen Ergebnisse der National Recovery Act. — Vor neuen Angriffen gegen Roosevelt.

Von Dr. Richard Grant.

Als Präsident Roosevelt im Sommer vorigen Jahres den sogenannten „Recovery Council" als nationalen Wirtschaftsrat ins Leben rief, betraute er ihn mit der schwierigen Aufgabe, die vom Kongreß beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung der allgemeinen Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten auf dem schnellsten und zuverlässigsten Wege durchzuführen. Ein schier unlösbare Aufgabe, wenn man bedenkt, welche Widerstände sozialer und wirtschaftspolitischer Art erst überwunden werden mußten, um überhaupt ein produktives Arbeiten zu ermöglichen. Großzügig wurde die Aufgabe angepackt. Im Verfolg des Rooseveltschen Arbeitsbeschaffungsprogramms galt es zunächst, Hunderttausende von Erwerbslosen durch Beschaffung zusätzlicher Arbeiten in den nationalen Wirtschaftsprozeß wieder einzugliedern. Als erste Kredite wurden dem nationalen Wirtschaftsrat für den Straßenbau insgesamt 400 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt, für den Ausbau der Kriegsflotte 250 Millionen Dollar sowie 100 Millionen Dollar für öffentliche Bauten. Roosevelt selbst bezeichnete gelegentlich den „granitenen Unterbau des Bundeskredits" als die wichtigste Grundlage des ganzen amerikanischen Gesundungsplanes.

Schlagfertig setzte Mitte Juni vorigen Jahres der große Werbefeldzug für die

National Recovery Act

ein, die, ursprünglich nur für den Wiederaufbau der industriellen Kräfte des Landes geplant, heute alle Zweige des Wirtschaftslebens der Union umfaßt. Das Schwergewicht liegt allerdings nach wie vor auf der Wiederbelebung der industriellen Kapazität. Ohne sich den Nöten der Farmerschaft zu verschließen, betonte Roosevelt immer wieder, daß die Gesundungsaktion in erster Linie auf industriellem Gebiet erfolgen müsse. Amerika habe von einigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen mehr hervorgebracht, als es selbst verbrauchen oder auf dem darniederliegenden Weltmarkt gewinnbringend absetzen konnte. Das Heilmittel der Landwirtschaft sei, weniger zu erzeugen.

Wie steht es jetzt — siebenundeinhalb Monate nach Beginn des großen Gesundungsfeldzuges — um die amerikanische Arbeitsschlacht, und in welchem Ausmaß konnte bisher das Rooseveltprogramm auf dem Wege der National Recovery Act verwirklicht werden? — Das sind Fragen, die heute in Regierungs- und Kongreßkreisen wie überhaupt in der Öffentlichkeit des Landes leidenschaftlich umkämpft werden. Von einem regelmäßigen Funktionieren des Arbeitsbeschaffungswerkes kann billigerweise erst von dem Zeitpunkt an gerechnet werden, da sich die großen Industriezweige unter dem Druck der Regierung zur Annahme der vielumstrittenen Arbeitscodes entschlossen. Das geschah im September 1933. Unter Zugrundelegung der Zahl aller im Jahre 1929 in der amerikanischen Industrie Beschäftigten sollten insgesamt 27 Millionen Personen von dem sogenannten Einheitscode erfaßt werden. Man hofft in einigen Monaten so weit zu sein, daß für rund 90 Prozent aller in der Industrie Tätigen dieser Code rechtsverbindlich sein wird. Vom Präsidenten unterzeichnet wurden bisher 200 Codes, während noch immer nicht weniger als 450 Codes verschiedenster Wirtschaftszweige der Veröffentlichung und Inkraftsetzung harren. Der Code für den Einzelhandel umfaßt mit 4 Millionen die größte Zahl der in einem Fach oder Gewerbe Beschäftigten, daneben bestehen aber einige kleinere Industriezweige von kaum 1000 Beschäftigten. Nach Angaben des nationalen Wirtschaftsrates erhöhten sich die Löhne für die einzelnen Wirtschaftszweige durchschnittlich um 15 bis 17 Prozent. In der amerikanischen Stahlindustrie konnten beispielsweise innerhalb der drei ersten Monate 73 000 neue Arbeitskräfte eingestellt werden, und gleichzeitig stieg die Höhe der Löhne in dieser Zeit um volle 20 Prozent. Im allgemeinen sollte die am 15. Juli 1925 erreichte Lohnhöhe als Grundlage neuer Lohnabmachungen dienen, wobei zu berücksichtigen blieb, daß nach dem 1. August vorigen Jahres keine Preissteigerung erfolgen durfte, falls nicht bewiesen werden konnte, daß die Herstellungskosten für einen Artikel tatsächlich höher geworden waren.

Anfangs von der Industrie mit unverhohlener Feindseligkeit aufgenommen, begegnet die NRA heute überall im Lande einem wohlwollenden Interesse, seit sich herausgestellt hat, daß es sich hierbei um keinen Bevormundungsversuch des Staates gegenüber der Wirtschaft handelt, wie man zuerst befürchtet hatte. Selbst die großen Industrieführer sind nicht mehr für die Abschaffung der Arbeitscodes, sondern wollen diese lediglich „workable" gestalten, um das Arbeitsbeschaffungswerk von einem öden Schematismus fernzuhalten. Was insbesondere die amerikanische Handarbeiterschaft betrifft, so hat sie Ursache, mit den Codes zufrieden zu sein. Sie bezieht heute höhere Löhne bei verminderter Arbeitszeit. Anderthalb Millionen Arbeiter sind in einem neuen Fachverband organisiert. Rund 6,5 Millionen Erwerbslose konnten bisher — wenn auch nur teilweise für längere Zeit — beschäftigt werden, aber

etwa 10 Millionen warten noch immer auf Arbeit und Brot!

Die Industrie stellte 1,8 Millionen Erwerbslose ein, während 4,7 Millionen zu Notstandsarbeiten herangezogen wurden.

Ungewöhnliche Zeiten erfordern ungewöhnliche Maßnahmen. Roosevelt hat sich nicht gescheut, sich mit manchen seiner bisherigen Maßnahmen unpopulär zu machen. Angriffe gegen ihn, seine Regierungs- und Verwaltungsmethoden hat er vom Kongreß zur Genüge aushalten müssen. Vor nicht langer Zeit stellte der Führer der Republikanischen Partei im Senat, Mc. Nary aus Oregon, fest, daß zwar die Haltung der Republikaner betreffs der Wirtschaftspolitik Roosevelts nicht einheitlich sei, aber die Partei es künftig an scharfen Angriffen gegen den Präsidenten nicht fehlen lassen würde. Hingegen empfahl Expräsident Hoover, um den es sehr still geworden ist, solange mit der Kritik zu warten, bis der „Fehler im Rooseveltschen Wirtschaftsprogramm" klar zutage treten würde. Das will jedoch wenig besagen, denn Herbert Hoover ist politisch ein „toter" Mann. Bei einer Zusammenkunft führender republikanischer Politiker wurde beschlossen, den Expräsidenten nicht mehr für die nächsten Präsidentenwahlen kandieren zu lassen, denn der Name Hoover ist Millionen von Amerikanern allzu schmerzlich mit der Wirtschaftskatastrophe der letzten Jahre verknüpft. Bekanntlich hatte auch Hoover Ende 1931 ein Programm aufgestellt, das zur „Bekämpfung der Wirtschaftskrise des amerikanischen Volkes" dienen sollte. Es war sein mit großen Erwartungen veröffentlichtes „Zwölf-Punkte-Programm", das wohl einige der Hauptpunkte des Rooseveltschen Arbeitsbeschaffungsprogramms vorwegnahm, sich aber sehr bald mit den damaligen Mitteln der Regierung als undurchführbar erwies und dann sang- und klanglos in der Versenkung verschwand.

*

Reform der amerikanischen Börsen.

Aus Washington wird gemeldet, daß der Vorsitzende der Bankenkommission des Senats, Senator Fletcher, nach der mit Roosevelt stattgehabten Unterredung die Mitteilung machte, er werde am Donnerstag dem Senat ein Gesetz vorschlagen, das eine Reform der Geldbörsen Amerikas zur Folge haben werde. Das bereits in allen Einzelheiten vorliegende Gesetz enthält u. a. folgende Bestimmungen:

1. Alle Goldbörsen müssen vorher die Lizenz der Regierung erhalten,
2. alle Kombinationen von Vereinigungen und Syndikaten werden bei Androhung von Gefängnisstrafen aufgehoben,
3. alle außerbörslichen Operationen werden dadurch eingeschränkt, daß eine vorhergehende Verzinsung in Höhe von 5 Prozent der Barauszahlung stattfindet.

Auf die Frage der Pressevertreter erklärte Fletcher, daß diese Gesetzesvorlage auch alle Geldwechselstuben und Warenbörsen umfaßt.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 8. Februar auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 5%, der Lombardsatz 6%.

Der Złoty am 8. Februar. Danzig: Ueberweisung 57.80 bis 57,91, bar 57 82–57,93, Berlin: Ueberweisung gr. Scheine 46.875 bis 47.275, Prag: Ueberweisung 402,00, Wien: Ueberweisung 79,25, Paris: Ueberweisung —,—. Zürich: Ueberweisung 58,05. Mailand: Ueberweisung 216,00, London: Ueberweisung 27,25.

Warschauer Börse vom 8. Februar. Umsatz, Verkauf — Kauf. Belgien 123,50, 123.81 — 123,19. Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig 172,80, 173,23 — 172,37, Helsingfors —, Spanien —, Holland 356,65, 357,55 — 355,75, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 27,32, 27 46 — 27,18, Newyork 5,45, 5,48 — 5,43, Oslo —, Paris 34,90, 34,99 — 34,81, Prag 26,22, 26,28 — 26 16, Riga —, Sofia —, Stockholm 141,15, 141,85 — 140,45, Schweiz *), 171,95 — 171,09, Tallin —, Wien —, Italien 46.67, 46.79 — 46,55.

*) Schweiz Umsätze 171.60—171.45.

Freihandelskurs der Reichsmark 209,80.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,41 Zł., do. kleine 5,40 Zł., Kanada 5,36 Zł., 1 Pfd. Sterling 27,12 Zł., 100 Schweizer Franken 170,96 Zł., 100 franz. Franken 34,80 Zł., 100 deutsche Mark 208,40 Zł., Goldmark 212,34 Zł., 100 Danziger Gulden 172,24 Zł., 100 tschech. Kronen 23.30 Zł., 100 österreich. Schillinge 97.50 Zł., holländischer Gulden 355,50 Zł., Belgisch Belgas 123,14 Zł., ital. Lire 46,50 Zł.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 8. Februar. Es notierten: 5proz. Staatl. Konvert.-Anleihe 58,25 G., 4½proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 Dollar = 5,52 Złoty) 48,50 B., 4½proz. Gold-Amortisations-Dollarbriefe der Posener Landschaft 50 B., Bank Polski 87 G. Tendenz ruhig. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 8. Februar. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty:

Transaktionspreise:

Roggen	255 to	14.75
	30 to	14.65

Richtpreise:

Weizen	17.25—17.75	Klee, gelb, in Schalen	30.00—35.00
Roggen	14.50—14 75	Tymothyklee	25.00—30.00
Gerste 695—705 kg	14.50—15.00	Raygras	44.00—50.00
Gerste 675—685 kg	14.00—14 50	Inkarnatklee	—.—
Braugerste	15.25—16.25	Senf	33.00—35.00
Hafer	11.75—12.00	Weizen- u. Roggenstroh, lose	—.—
Saathafer	12.25—12.75	Weizen- u. Roggenstroh, gepreßt	—.—
Roggenmehl (65%)	19.50—21.00	Hafer- und Gerstenstroh, lose	—.—
Weizenmehl (65%)	26.75—29.00	Hafer- und Gerstenstroh, gepreßt	—.—
Weizenkleie	11.00—11.50	Heu, lose	—.—
Weizenkleie (grob)	11.50—12.00	Heu, gepreßt	—.—
Roggenkleie	9.75—10.50	Netzeheu, lose	—.—
Winterraps	45.00—46.00	Netzeheu, gepreßt	—.—
Sommerwicke	14.50—15.50	Kartoffelflocken	14.00—15.00
Peluschken	14 50—15.50	Blauer Mohn	44.00—50.00
Viktoriaerbsen	23.00—26.00	Leinsamen	47.00—50.00
Folgererbsen	20.00—23.00	Leinkuchen	18.50—19,50
Fabrikkartoff. p. kg%	0.20½	Rapskuchen	14.50—15.00
Seradella	13.00—14.00	Sonnenblumenkuchen 46—48%	16.25—17.25
blaue Lupinen	6.50—7.50	Sojaschrot	20.75—22.50
gelbe Lupinen	9.00—10.00		
Klee, rot	170.00—200.00		
Klee, weiß	70.00—100.00		
Klee, schwedisch	90.00—110.00		
Klee gelb, ohne Schalen	90.00—110.00		
Wundklee	90.00—110.00		

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Hafer, Brau- und Mahlgerste, Saathafer, Roggen- und Weizenmehl ruhig.

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 1275 to, Weizen 252,5 to, Gerste 190 to, Roggenmehl 96,5 to, Weizenmehl 19 to, Roggenkleie 160 to, Weizenkleie 40 to, Gerstenkleie 25 to, Viktoriaerbsen 70 to, Peluschken 4 to, Wicke 10 to, Rotklee 2,2 to, Serradella 10 to, gelbe Lupinen 10 to, blaue Lupinen 15 to, Sämereien 8 to, Rapskuchen 10 to, Kartoffelmehl 50 to.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 9. Februar. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Złoty:

Transaktionspreise:

Roggen	135 to	14.75	Roggenkleie	— to	—.—
Weizen	— to	—.—	Weizenkleie	— to	—.—
Braugerste	— to	—.—	Speiseerbsen	— to	—.—
Hafer	— to	—.—	Peluschken	— to	—.—
	— to	—.—	Sommerwicken	— to	—.—
Roggenm. 65%	55 to	—.—	Sonnenblumenkuchen	— to	—.—
Weizenm. 65%	— to	—.—			

Richtpreise:

Roggen	14.50—14.75	gelbe Lupinen	7.50—8.50
Weizen	17.50—18.00	Raps	42.00—44.00
Braugerste	14.50—15.50	Serradella, neu	12.00—13.00
Mahlgerste	13.50—13.75	Gelbklee, abgesch.	90.00—110.00
Hafer	11.75—12.25	Weißklee	70.00—90.00
Roggenmehl 65%	21.50—22.50	Rotklee	160.00—210.00
Weizenmehl 65%	30.00—31.50	Fabrikkartoff. p. kg%	0.19
Roggenkleie	9.75–10.50	Leinkuchen	19.00—20.00
Weizenkleie, fein	10.25—10.75	Rapskuchen	15.50—16.50
Weizenkleie, grob	11.25—11.75	Sonnenblumenkuch.	17.50—18.50
Winterraps	42.00—44.00	blauer Mohn	46.00—50.00
Peluschken	13.00—14.00	Senf	32.00—34.00
Felderbsen	15.00—17.00	Leinsamen	40.00–44.00
Speiseerbsen	19.00—20.00	Wicken	13.00—14.00
Viktoriaerbsen	23.00—25.50	Winterrübsen	42.00–44.00
Folgererbsen	20.00—22.00	Roggenstroh, lose	—.—
blaue Lupinen	6.00—7.00	Roggenstroh, gepreßt	—.—

Allgemeine Tendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	180 to	Fabrikkartoffel	— to	Hafer	15 to
Weizen	157 to	Speisekartoffel	— to	Peluschken	38 to
Mahlgerste	120 to	blauer Mohn	— to	Grütze	— to
Braugerste	96 to	weißer Mohn	— to	Raps	— to
Roggenmehl	35 to	Futtererbsen	— to	Leinsamen	— to
Weizenmehl	135 to	Kleeheu	— to	Leinkuchen	30 to
Viktor.-Erbs.	41 to	Schwedenklee	— to	getr. Zuckerrüb.	— to
Folger-Erbs.	— to	Gelbklee	— to	Nudeln	— to
Feld-Erbsen	— to	Inkarnatklee	— to	Wicken	10 to
Roggenkleie	15 to	Wundklee	— to	Rübensamen	— to
Weizenkleie	20 to	Gerstenkleie	12 to	Trockenschnitz.	15 to
Blaue Lupinen	— to	Serradella	— to	Baldersb. Erbs.	o
Kartoffelflock.	15 to	Senf	— to	Pferdebohnen	10 to

Gesamtangebot 1099 to.

Warschau, 8. Februar. Getreide, Mehl und Futtermittel-Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: Einheitsroggen 14.25—14.75, Einheitsweizen 20.50—21,00, Sammelweizen 20,00—20,50, Einheitshafer 11,00—12,00 Sammelhafer 10.50—11,00, Braugerste 15.00—15,50, Mahlgerste —.—, Grützgerste 13,50—13 75. Speisefelderbsen 20.00—22.00, Viktoriaerbsen 26.00—31,00, Winterraps 42,00—44.00, roher Rotklee ohne dicke Flachsseide 150,00—190,00 Rotklee ohne Flachsseide bis 97% gereinigt 210,00—235.00, roh. Weißklee 60,00—70,00, roh. Weißklee bis 97% ger., 80,00—100,00, Luxus-Weizenm. (45%) 1. Sorte 35,00—40,00, Weizenm. (65%) 1. Sorte 30,00—35,00, Weizenmehl 2. Sorte (20% nach Luxus-Weizenmehl) 25.00—30,00, Weizenmehl 3. Sorte 17.00—23.00, Roggenmehl I (55%) 24.00—25,00. Roggenmehl I (65%) 23,00—24,00. Roggenmehl II 17,50—18,50, Roggenmehl III 18,00–19.00, grobe Weizenkleie 11,75—12 25, mittlere 10.75—11,25. Roggenkleie 8,50–9,00. Leinkuchen 17.50—18,00, Rapskuchen 14,00—14,50, Sonnenblumenkuchen 16,00—16,50. doppelt gereinigte Seradella 9,50—10.50. blaue Lupinen 7,00—7,50. gelbe —,—, Peluschken 13,50—14.00, Wicken 13.50 bis 14,00, Winterrübsen 42,00—45,00, Sommerrübsen 44,00—47,00, blauer Mohn 50,00—55,00, Leinsamen 39,00—40,00, Soja-Schrot 21,00 bis 21,50, Fabrikkartoffel 4,00—4,25.

Umsätze 3113 to, davon 2550 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Danziger Getreidebörse vom 8. Februar. (Nichtamtlich.) Weizen, 130 Pfd., 11,60 Roggen 9,00—9,10. Gerste feine 9,90—10,10, Futtergerste 9.00—9,70, Hafer 7,85—8,35, Viktoriaerbsen 16,25—18,25, grüne Erbsen —,—, Roggenkleie 6,30—6,60, Weizenkleie 7,80 bis 8,00, Peluschken 8,75—9,40, Wicken 8,75—9,25 G. per 100 kg frei Danzig.

Das Geschäft konnte noch nicht in Gang kommen. Für 115 pfd. Durchschnittsgerste wurden zum Export Preise von G. 8,80 per 100 kg genannt.

Roggen ist mit G. 9,00 verkäuflich, während guter Weizen mit G. 11,60 abzusetzen ist.